

Die Nazifizierung der württembergischen Tagespresse

Von KONRAD DUSSEL

1932 erschienen in Württemberg und dem damals preußischen Regierungsbezirk Hohenzollern 179 Tageszeitungen; im Herbst 1944 waren es nur noch 41 – das war ein karger Rest dessen, was vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erhältlich war. Im Reich insgesamt sah das nicht viel anders aus; hier ist von einem Rückgang von 4.703 auf 977 Zeitungen die Rede¹. Doch die Entwicklung präzisierende Regionalstudien fehlen weitestgehend; nur für Baden wurden die Verhältnisse bereits genauer untersucht². Im Folgenden sollen die Etappen dieses Kahlschlags – anders ist der Vorgang wohl kaum zu bezeichnen – nun auch für Württemberg differenzierter beschrieben werden³. Trotz der zunehmenden Verbreitung von Rundfunk und Film blieb die Tageszeitung nämlich „das wichtigste Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft“⁴. Manches Detail muss dabei zwar offen gelassen werden, weil gründliche Studien zu einzelnen Zeitungen Mangelware sind, aber vielleicht gibt der Überblick ja Anreiz zu weiterer, ergänzender Forschung⁵.

¹ Heinz PÜRER/Johannes RAABE, *Presse in Deutschland*, Konstanz 32007, S.98, übernommen aus Hermann MEYN, *Massenmedien in Deutschland*, Neuaufgabe Konstanz 2004, S.36 (dort keine Quellenangaben).

² Konrad DUSSEL, *Die Nazifizierung der deutschen Presse. Eine Fallstudie am Beispiel der Presse Badens 1932 bis 1944*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 161 (2013) S.427–456.

³ Nur eine knappe und in den Details des Öfteren unzuverlässige Skizze liefert Johannes BINKOWSKI, *Die Diktatur des Nationalsozialismus. Die Presse in Baden-Württemberg 1933–1945*, in: *Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hg. von der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart, Stuttgart 1983, S.155–171. Wesentlich ausführlicher und zuverlässiger, allerdings andere Schwerpunkte setzend: Thomas SCHNABEL mit seinem Kapitel „Die Gleichschaltung der Presse“ in seiner Monographie „*Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46*“ (Stuttgart u. a. 1986, S.352–378).

⁴ Karl Christian FÜHRER, *Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007) S.411–434.

⁵ Ich danke Herrn Caetano Franz und Frau Amandine Bruynooghe für Unterstützung bei den Vorarbeiten zu dieser Studie.

Ausdrücklich geht es im Folgenden nicht um die inhaltliche „Gleichschaltung“ der württembergischen Tagespresse. Von Anfang an ruhte nämlich das System nationalsozialistischer Presselenkung auf zwei Säulen: der politischen Kontrolle und der ökonomischen Inbesitznahme. Die Zuständigkeiten waren dabei im Prinzip klar verteilt: Die inhaltliche Führung war Sache von Propagandaminister Joseph Goebbels und Reichspresseschef Otto Dietrich, Organisations- und Wirtschaftsfragen waren Sache von Max Amann, dem Reichsleiter für die Presse der NSDAP⁶. Letztlich war Amann bei der ökonomischen Vereinnahmung der deutschen Presse ähnlich erfolgreich wie Goebbels und Dietrich auf der inhaltlichen Seite⁷. Er brauchte zwar etwas mehr Zeit, aber dafür brachten seine Bemühungen der NSDAP ganz konkret zählbare Vorteile – eine Menge bares Geld.

Ehe mit der inhaltlichen Darstellung begonnen werden kann, sind jedoch einige Klarstellungen vorzunehmen, denn die Pressestatistik enthält etliche Fallstricke. Am einfachsten gestaltet es sich bei der regionalen Grenzziehung: Wie im ersten Satz bereits angesprochen, sollen im Folgenden bei der Betrachtung des württembergischen Pressewesens immer auch die (wenigen) Zeitungen Hohenzollerns einbezogen werden. Etwas schwieriger ist schon die Frage zu beantworten, was denn tatsächlich als „Tageszeitung“ zu bezeichnen sei. Kann man den 1932 in Biberach einmal wöchentlich erschienenen „Schwabensturm“, eine Nebenausgabe des nationalsozialistischen „Ulmer Sturm“, tatsächlich als „Tageszeitung“ bezeichnen? In den zeitgenössischen Pressehandbüchern und Zeitungskatalogen, die für diese Untersuchung die zentralen Quellen bilden, war dies überwiegend der Fall⁸. Allerdings gab es schon damals Vorbehalte und allmählich setzte sich durch, dass als „Tageszeitungen“ nur *zweimal wöchentlich und häufiger erscheinende Zeitungen* betrachtet wurden⁹. Dieser Bestimmung soll auch hier gefolgt werden.

Auch beim Problem der Nebenausgaben, das bei dem eben genannten Beispiel bereits anklang, muss Stellung bezogen werden, um zu einer einheitlichen Vergleichsbasis zu gelangen. „Nebenausgaben“ waren in den 1920er und 1930er Jahren ein weit verbreitetes Phänomen. Im „Handbuch der deutschen Tagespresse“

⁶ Vgl. als knappen Überblick: Konrad DUSSEL, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2011, S. 159 ff. Auf die systeminternen Machtkämpfe kann hier nur am Rande hingewiesen werden. Vgl. etwa Oron J. HALE, Presse in der Zwangsjacke 1933–45, Düsseldorf 1965, S. 252 ff.

⁷ Zur inhaltlichen Seite vgl. Konrad DUSSEL, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presselenkung? In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 58 (2010) S. 543–561.

⁸ Vom Deutschen Institut für Zeitungskunde Berlin bzw. Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin wurden herausgegeben: Handbuch der deutschen Tagespresse, 4. Auflage Berlin 1932 (im Folgenden: Handbuch 1932); 5. Auflage 1934 (Handbuch 1934); 6. Auflage 1937 (Handbuch 1937); 7. Auflage 1944 (Handbuch 1944). Daneben wichtig: Zeitungskatalog 1935, hg. vom Reichsverband der deutschen Anzeigenmittler, Berlin o. J.; Zeitungskatalog 1939, hg. vom Reichsverband der deutschen Werbungsmitler, Berlin o. J.

⁹ Handbuch 1944 (wie Anm. 8) S. XXXXIII. So auch PÜRER/RAABE (wie Anm. 1) S. 13.

zum Jahr 1934 wurde beispielsweise im Vorspann zu den württembergischen Einträgen notiert: *Gesamtzahl der Zeitungen: 167, davon 36 Nebenausgaben*. Bei Hohenzollern waren es 5 bzw. 1¹⁰. „Nebenausgaben“ wurden von den Verlegern eingeführt, um neue Leserkreise zu erschließen, dadurch die Auflage zu steigern und die Druckkapazitäten besser auszulasten. In der Regel wurden an der Hauptausgabe nur geringe Änderungen vorgenommen, ein paar Lokalnachrichten angehängt und lokale Anzeigen eingebaut. Am Ende konnte die Abweichung sich darauf beschränken, dass nur der Kopf der Zeitung mit dem Namen ausgetauscht wurde, weshalb zeitgenössisch immer wieder von „Kopfzeitungen“ gesprochen wurde. Wie groß die Unterschiede nun waren, ob für die lokalen Leserschaften tatsächlich der Eindruck entstehen konnte, eine eigene Zeitung zu lesen (wie das bei vielen heutigen Lokalausgaben der Fall ist), müsste im Einzelfall am konkreten Material geprüft werden. Beispielsweise wäre von der „Oberschwäbischen Tagespost“ nicht nur das Hauptblatt „Biberacher Zeitung“ zu betrachten (Auflage 1934: 2.900), auch die Nebenausgaben „Buchauer Tagblatt“, „Waldseer Zeitung“ und „Saulgauer Zeitung“ sollten zu denselben Daten miteinander verglichen werden (Auflage der Nebenausgaben insgesamt: 4.500). So interessant dies lokalgeschichtlich sein könnte – politisch interpretierbare relevante Unterschiede sind kaum zu erwarten. Es erscheint deshalb sinnvoll, Nebenausgaben nicht als eigene Zeitungen zu zählen, sondern sie den jeweiligen Hauptausgaben zuzuschlagen. Für das eben genannte Beispiel heißt das, dass die „Oberschwäbische Zeitung“ nur als eine Zeitung mit einer Gesamtauflage von 7.400 Exemplaren gezählt wird.

Am schwierigsten stellt sich jedoch das Problem der Auflagenberechnung dar, auf die keineswegs verzichtet werden darf, weil ja erst die Auflage Auskunft über die Verbreitung der Zeitung gibt. Erst 1934 wurde eine eindeutige gesetzliche Regelung eingeführt. Zuvor waren alle Angaben der Verleger freiwillig und mehr oder minder wahrheitsgetreu¹¹. Seitdem war zumindest die Angabe der Druckauflage verbindlich. Von der Zahl der gedruckten Zeitungsexemplare ist jedoch die der tatsächlich verbreiteten Stücke zu unterscheiden und bei diesen wiederum die gratis abgegebenen und die verkauften. Eigentlich sind nur diese letzteren von Interesse. Dazu wurden jedoch nur ausnahmsweise Angaben veröffentlicht. In der Regel muss man sich mit Zahlen zur Druckauflage begnügen – und froh sein, wenn nicht auch die verschwiegen werden.

Nach diesen Klärungen kann zum Ausgangspunkt zurückgekehrt und die Situation 1932 genauer beschrieben werden.

¹⁰ Handbuch 1934 (wie Anm. 8) S. 133, S. 263.

¹¹ Sehr kritisch: FÜHRER (wie Anm. 4) S. 413–415.

Die Ausgangssituation 1932

Das Handbuch der Tagespresse verzeichnet in seiner 1932er-Ausgabe für Württemberg 255 Zeitungen, davon 66 Nebenausgaben. Für Hohenzollern kommen noch einmal neun bzw. zwei hinzu¹². Leider wurden dabei zwei Zeitungen doppelt gezählt, beides Nebenausgaben¹³. Zieht man nun von der korrigierten Ausgangszahl 262 die – ebenfalls korrigierten – insgesamt 66 Nebenausgaben und auch noch die 19 nur einmal wöchentlich erscheinenden Blätter ab, so ergibt sich das einleitend genannte Gesamtangebot von 179 Tageszeitungen in Württemberg und Hohenzollern¹⁴.

Das einschlägige Lektüreangebot war damit so breit wie nie zuvor. Um vergleichend zurückblicken zu können, muss auf den württembergischen Ausgangswert von 255 zurückgegriffen werden. Auf seiner Basis zeigt sich, dass im Jahr 1886 in Württemberg 129 Zeitungen erschienen und 1909 197¹⁵. In weniger als 50 Jahren hatte sich also die Zahl der Titel verdoppelt.

Schwieriger wird es, wenn man genaue Zahlen zur Auflagenentwicklung betrachten möchte. Bei den Angaben zu den Auflagen muss die Spannweite bei den Auflagenzahlen ähnlich überraschen wie der Umfang des Angebots Anfang der 1930er Jahre: Das kleinste Blatt wurde mit gerade einmal 620 Exemplaren vertrieben (die seit 1880 dreimal wöchentlich erscheinende „Michelsberger Warte“ in Bönningheim), das größte mit 70.000 (das 1843 gegründete, mittlerweile zweimal täglich erscheinende „Stuttgarter Neue Tagblatt“; die Nr.2, die seit 1907 ebenfalls in Stuttgart erscheinende „Württembergische Zeitung“ folgte mit 45.000 Exemplaren). Leider meldeten nur 109 der 179 Tageszeitungen Angaben zu ihrer Auflage. Sie addieren sich zu einer Gesamtauflage von 684.000 Exemplaren. Mit welchem Wert sind aber die fehlenden 70 Zeitungen zu veranschlagen? Würde man von ihrem Anteil an der Titelzahl (39 Prozent) auf einen analogen Wert bei der Auflage schließen, müsste man von 437.000 Exemplaren ausgehen und käme damit auf eine Gesamtauflage von über 1,1 Millionen. Bei rund 2,7 Millionen Einwohnern in Württemberg und Hohenzollern ist das sicherlich viel zu viel.

¹² Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 180, S. 354.

¹³ Zum einen das „Ostracher Tagblatt“ (sowohl in Württemberg wie in Hohenzollern), zum anderen die „National-Zeitung für die Bezirke Aalen, Ellwangen und Neresheim“ (unter Aalen und Heidenheim).

¹⁴ Und nicht 189, wie noch 2013 ohne gründliche Recherche geschrieben: DUSSEL, Die Nazifizierung (wie Anm. 2) S. 454. – Würde man bei den Zeitungen im Reich analog vorgehen, ergäbe die Rechnung $4.703 - 980 - 424 = 3.299$ (Handbuch 1932 [wie Anm. 8] S. 27*, S. 1). Allerdings müsste überprüft werden, ob es zwischen Nebenausgaben und nur einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen nicht Überschneidungen gibt.

¹⁵ M. GERSTER, Die Zeitungen und Zeitschriften Württembergs im Jahr 1909, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1910, S. 251–339, hier S. 252.

Betrachtet man sich nun die Zeitungen näher, die auf eine Auflagenangabe verzichteten, stellt man fest, dass es sich dabei mit Ausnahme nur weniger größerer Blätter vor allem um Zeitungen kleiner Gemeinden handelte. Schätzt man nun die fehlenden Werte aufgrund der Ortsgrößen und von Angaben aus anderen Zeitungsverzeichnissen, kommt man zu einer deutlich niedrigeren Summe von 236.000. Trotzdem führt auch dieser Wert noch zu einer Gesamtauflage von 921.000 Exemplaren für Württemberg und Hohenzollern – drei Einwohner teilten sich eine Zeitung. Anders als bei den Titeln hatte sich damit die Gesamtauflage seit 1909 nur recht bescheiden entwickelt. 1909 war von den mindestens zweimal wöchentlich erscheinenden württembergischen Zeitungen eine Gesamtauflage von 742.700 Stück gemeldet worden. Die Auflage der 25 Zeitungen, die auf eine Angabe verzichtet hatten, wird man auf etwa 35.000 veranschlagen dürfen, so dass sich eine Summe von rund 780.000 ergibt – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,4 Millionen (Stand 1. Dezember 1910)¹⁶ entfiel schon damals durchschnittlich eine Zeitung auf drei Einwohner. Für 1932 wurde dagegen eine Auflage von knapp über 900.000 berechnet (ohne die hohenzollerischen Blätter). Das ergibt nur eine Zunahme von gut 15 Prozent, die in etwa dem württembergischen Bevölkerungswachstum entspricht.

Gesamtangaben zu Zeitungstiteln und ihren Auflagen sind zwar wichtig, noch wichtiger aber sind Informationen über die von ihnen repräsentierte Meinungsvielfalt. In der politisch so bewegten späten Weimarer Republik steht dabei naheliegenderweise die Breite des politischen Spektrums im Vordergrund des Interesses. Schon die Zeitgenossen interessierte die politische Zuordnung der verschiedenen Zeitungen. Bezogen auf die Gesamtzahl der 255 nachgewiesenen württembergischen Zeitungen (also einschließlich Nebenausgaben und nur einmal wöchentlich erscheinender Blätter) kam man im Handbuch 1932 zu folgendem Ergebnis: Die allermeisten – 238 – gaben Auskunft, nur 17 Blätter verweigerten die Angabe (7 Prozent) – sehr viel weniger wie bei der Frage nach der Auflagenhöhe. Und für die meisten – 141 – war der politische Positionsbezug selbstverständlich; bloß 97 betrachteten sich als parteilos. Es charakterisiert Zeit und Region, dass sich 63 Zeitungen als *rechts* und nur 15 als *links* einstuften. Eindeutigen Parteibezug stellten darüber hinaus 63 Zeitungen her: Die absolut meisten – 37 – rechneten sich dem Zentrum zu, eine der DVP und zehn der NSDAP. Auf der anderen Seite wurden für die KPD drei, die SPD neun, den Fortschritt zwei und die Deutsche Staatspartei eine Zeitung gezählt¹⁷. Bei den neun Zeitungen in Hohenzollern waren die Angaben noch viel eindeutiger: Fünf Blätter bekannten sich zum Zentrum, zwei nannten sich parteilos und zwei verzichteten auf eine Festlegung¹⁸.

¹⁶ www.gemeindeverzeichnis.de/gem1900/gem1900.htm?wuerttemberg1900.htm (Auf-ruf am 1. 9. 2018).

¹⁷ Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 40*.

¹⁸ Ebd., S. 35*.

Diese Angaben sind nun zum einen nach den einleitend vorgestellten Begriffsklärungen zu modifizieren und zum anderen mit Auflagenangaben zu korrelieren, um die Größe der verschiedenen politischen Segmente abschätzen zu können. Am einfachsten kann das bei jenen Zeitungen geschehen, die ganz direkt Partei bezogen – bei den Blättern der KPD, der SPD, des Zentrums und der NSDAP. Hier zeigt sich, dass die beiden Flügel etwa gleich stark – oder besser gesagt: gleich schwach – ausgebildet waren: Die KPD verfügte über eine Tageszeitung, die „Süd-deutsche Arbeiterzeitung“, deren Auflage sie mit 25.000 Exemplaren bezifferte, die NSDAP über zwei, bei der für eine 15.000 gemeldet wurden. Ob diese Zahlen tatsächlich der Wirklichkeit nahe kamen, muss offen gelassen werden. Gemessen an der Gesamtauflage bewegten sich die Parteiblätter auf jeder Seite auflagenmäßig nur in einer Größenordnung von 2 bis 3 Prozent der Gesamtauflage.

Wie deutlich die publizistische Bedeutung der Presse der beiden Extremparteien durch ihre hier ansonsten nicht weiter berücksichtigten Wochenblätter wuchs, muss offen gelassen werden – und nicht zuletzt, weil hinter die Angaben zu den Auflagenhöhen noch mehr als sonst ein Fragezeichen gesetzt werden muss. Dies gilt nicht nur für die beiden in Stuttgart hergestellten kommunistischen Blätter „Arbeiter-Tribüne“ und „Schwäbisches Echo“, die angaben, mit 10- bzw. 17.000 Exemplaren gedruckt zu werden. Noch viel fragwürdiger wirken die Werte auf nationalsozialistischer Seite, soweit sie überhaupt angegeben wurden: Sowohl „Der Wille“ in Balingen als auch die beiden „NS-Kurier“-Ausgaben in Eßlingen und Schwäbisch Gmünd meldeten die gleiche Zahl 15.000. Da sie alle Nebenausgaben des Stuttgarter „NS-Kurier“ waren und dessen Auflage nun auch mit 15.000 angegeben wurde, ist es recht wahrscheinlich, dass dieser Wert als ein auch alle Nebenausgaben einbeziehender Gesamtwert zu betrachten ist.

Viel größere Reichweiten besaßen die Blätter von SPD und vor allem des Zentrums. Die SPD kam mit vier Tageszeitungen und einer (zum Teil geschätzten)¹⁹ Auflage von rund 84.000 Exemplaren auf einen Anteil von etwa neun Prozent, das Zentrum mit insgesamt 34 Zeitungen und einer Auflage von über 138.000 Stück auf einen von fast 15 Prozent. In der Addition betrug das Segment der eindeutigen Parteizeitungen damit nach Titeln etwa 25, nach Auflage knapp 30 Prozent des Gesamtangebots.

Aber wie sah es mit der großen Mehrheit, den verbleibenden rund 70 bzw. 75 Prozent aus? Fast die Hälfte der Zeitungen verweigerten eine Aussage zur politischen Richtung oder – das waren die meisten davon – bezeichneten sich als *parteilos* oder *neutral*. Interessanterweise handelte es sich dabei zumeist um Blätter

¹⁹ Von den insgesamt vier Haupt- und acht Nebenausgaben, die der SPD-Presse zugerechnet werden können, meldeten im Handbuch 1932 zehn Auflagenzahlen. Die beiden übrigen Werte wurden ergänzt nach Gerhard Eisfeld, Titelverzeichnis der sozialdemokratischen Presse 1863–1945, in: Kurt KOSZYK/Gerhard EISFELD, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Hannover 1966, S. 53–169. Danach auch leichte Korrekturen an den Handbuch-Angaben zu den Abhängigkeitsverhältnissen der SPD-Blätter.

mit kleinerer Auflage, so dass ihr Anteil an der Gesamtauflage nur wenig mehr als ein Viertel betrug. Sicherlich werden auch sie irgendwie Meinung transportiert haben – ob jedoch einheitlich und in welche Richtung bedürfte aufwändiger Einzeluntersuchung, deren Aufwand wohl kaum in angemessener Relation zum Ergebnis stünde.

Immerhin lassen sich über das verbleibende, ziemlich große Segment einige wichtige Aussagen treffen. Von 52 Titeln können 16 als links- und 2 als rechtsliberal eingestuft werden, dagegen 34 als konservativ oder rechts. Auflagenmäßig hielten sich diese beiden Segmente fast die Waage: Den Liberalen, und zwar ganz dominant Linksliberalen, kann ein Auflagenanteil von gut 20 Prozent zugewiesen werden, bei den Konservativen ist er nur wenig größer und bleibt auf jeden Fall unter 25 Prozent. In diesen beiden Segmenten sind die größten württembergischen Zeitungen zu finden, einerseits das „Stuttgarter Neue Tagblatt“, das sich als „liberal demokratisch“ einstufte und eine Auflage von 70.000 meldete, und die „Württembergische Zeitung“ mit dem Etikett „volkstümlich liberal“ und 45.000 Auflage; andererseits die „Schwäbische Tageszeitung“, die sich zum Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund, der schwäbischen Variante der DNVP, bekannte und eine Auflage von 25.000 meldete, und der Oberndorfer „Schwarzwälder Bote“, „parteilos bürgerlich“ mit 35.000 Auflage²⁰.

Überblickt man das ganze Land, so sind drei Gesamtbefunde ganz eindeutig: Zum ersten war das Gewicht der offen politisch Position beziehenden Presse – gemessen an ihrer Auflage, nicht an der Zahl der Organe – weitaus höher als das der politisch defensiveren; ein Befund der auch für Baden zu verzeichnen ist²¹. Zweitens: Die linksbürgerliche bis linke Presse war in den Städten und deren Umland stark vertreten, die ländlichen Regionen wurden dagegen von einer Fülle mehr oder minder bürgerlich-nationaler oder eben Zentrums-Zeitungen dominiert. Genauso eindeutig lässt sich aber – drittens – auch feststellen, dass ausgesprochen Nationalsozialistisches hier wie dort nur äußerst schwach vertreten war. Demzufolge war es nur folgerichtig, dass die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in diesem Punkt Abhilfe schaffen musste, um die eigene Position zu stärken und die der Gegner zu schwächen. Bei der Wahl der Mittel legte man sich keine Zurückhaltung auf.

Verbotene und eingestellte Zeitungen 1933/1934

Kaum war Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden, sicherte er sich die ersten politischen Werkzeuge, um gegen seine Gegner vorzugehen. Schlüsselinstrumente im Kampf gegen die sozialdemokratische und kommunistische Presse

²⁰ Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 361, S. 365 f.

²¹ DUSSEL, Die Nazifizierung (wie Anm. 2) S. 433.

wurden die beiden Verordnungen des Reichspräsidenten *zum Schutze des Deutschen Volkes* vom 4. Februar 1933 und *zum Schutz von Volk und Staat*, die sogenannte Reichstagbrandverordnung, vom 28. Februar 1933²². Als dann auch noch die Reichstagswahl vom 5. März 1933, wenn auch nur knapp, zu seinen Gunsten ausfiel, wurden die zuvor nur temporären Verbote auf Dauer gestellt. Sofort verboten wurden in Württemberg die kommunistische „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ Stuttgart sowie die sozialdemokratischen Blätter „Neckar-Echo“ Heilbronn, „Volksstimme“ Schwenningen (mit ihrer Nebenausgabe „Tuttlinger Volkszeitung“), die weit verbreitete „Schwäbische Tagwacht“ Stuttgart mit ihren Nebenausgaben²³ sowie die „Donau-Wacht“ Ulm mit ihren Nebenausgaben²⁴. Damit wurde nicht nur eine wichtige Konkurrenz der NS-Presse ausgeschaltet, es wurden ihr in aller Regel auch die ökonomischen Ressourcen der Rivalen in Form ihrer Druckereien zur Verfügung gestellt.

Allerdings hatten die Nationalsozialisten nicht nur die linke Presse im Visier. Sie gingen auch gegen bürgerliche Verleger brutal vor. Besonders markant waren die Vorgänge in Heilbronn, das eine ganz spezifische Pressestruktur aufwies. Anfang 1933 verfügte die Stadt zwar über fünf Tageszeitungen, aber neben dem 1908 gegründeten „Neckar-Echo“, der „Zeitung für das werktätige Volk“, erschienen drei davon im Verlag des „Zeitungskönigs“ Viktor Heinrich Kraemer: die traditionsreiche „Neckar-Zeitung“, der etwas jüngere „Heilbronner General-Anzeiger“ und die erst 1920 zur besseren Auslastung der Druckerei gegründete „Heilbronner Abend-Zeitung“. Anfang März 1932 hatte sich außerdem das nationalsozialistische „Heilbronner Tageblatt“ etabliert²⁵.

Das „Neckar-Echo“ wurde am 7. März 1933 verboten, das Verlagsgebäude am 12. März von der SA besetzt²⁶. Danach wurde begonnen, Druck auf Kraemer auszuüben. Als der nicht gleich nachgab, wurden er und sein Redakteur Hans Franke am 19. November 1933 von zwei Rollkommandos zusammengeschlagen. Kraemer beugte sich der Gewalt. Im Frühjahr 1934 verkaufte er für 350.000 Mark seinen gesamten Verlag an die NSDAP²⁷. Der „Heilbronner General-Anzeiger“ und die

²² www.documentarchiv.de/ns/schutz-dt-vlk.html bzw. www.documentarchiv.de/ns/rtbrand.html (Aufruf am 1.9.2018).

²³ „Volkszeitung“ Eßlingen, „Freie Volkszeitung“ Göppingen, „Neckarpost“ Ludwigsburg, „Freie Presse“ Reutlingen und „Schwarzwälder Volkswacht“ Schramberg.

²⁴ „Geislinger Allgemeiner Anzeiger“ und „Volkswacht“ Heidenheim.

²⁵ Vgl. ausführlich: Uwe JACOBI, 250 Jahre Heilbronner Presse. Geschichte der Medien im Unterland und in Hohenlohe 1744–1994, Heilbronn 1993. – Völlig unklar ist die Situation beim „Allgemeinen Sonntags-Anzeiger“, der seit 1886 vom Otto Weber Verlag herausgegeben wurde und 1932 bei drei Ausgaben pro Woche eine Auflage von 26.000 Exemplaren gehabt haben soll. In den Handbüchern 1934 ff. taucht er nicht mehr auf, dagegen wird er sowohl im Zeitungskatalog 1935 wie auch 1939 gelistet – mit Auflagen von 1.721 bzw. 588 Exemplaren!

²⁶ Ebd., S. 77f.; SCHNABEL (wie Anm.3) S.355.

²⁷ JACOBI (wie Anm.25) S.79f.

„Heilbronner Abend-Zeitung“ wurden sofort, am 28. Februar 1934, eingestellt. Die „Neckar-Zeitung“ wurde unter nationalsozialistischer Regie zunächst noch unter ihrem alten Namen beibehalten. Ende 1934 erfolgte auch ihre Einstellung. Ab 1. Januar 1935 erschien dafür (bis 31. Juli 1937) die „Heilbronner Morgenpost“²⁸.

Ende Februar 1934 musste auch der zentrumsnahe „Haigerlocher Bote“ eingestellt werden. Ihren Platz suchten die nationalsozialistischen „Hohenzollerischen Blätter“ zu übernehmen²⁹. Auch die seit 1921 als Kopfblatt der „Horber Chronik“ erscheinende „Hohenzollerische Landes-Zeitung“ konnte sich nicht behaupten, obwohl sie sich 1933 dezidiert auf die Seite der Nationalsozialisten schlug und sich im Untertitel als „Nationalsozialistische Tageszeitung für Hohenzollern“ bezeichnete. Es blieben allein die „Hohenzollerischen Blätter“, die mit dem 1. April 1936 auch noch das Hechinger Zentrumsblatt „Der Zoller“ übernahmen³⁰.

Der Aufstieg der NS-Presse

Noch 1932 konnte – wie gezeigt – von einer württembergischen NS-Presse so gut wie keine Rede sein³¹. Bei der Reichstagswahl im Juli waren zwar in Württemberg 426.533 Stimmen – 30,3 Prozent – für die NSDAP abgegeben worden³², Abonnenten einer nationalsozialistischen Zeitung waren davon jedoch die wenigsten. Einschlägige Angebote gab es nämlich nur zwei: zum einen den Stuttgarter „NS-Kurier“, der um diese Zeit nach eigenen Angaben in einer Auflage von 15.000 Stück verbreitet wurde³³; eine gewisse Ergänzung fand der NS-Kurier durch seine beiden nur wöchentlich erscheinenden Nebenausgaben „Der Wille“ in Balingen, den „Gmünder Beobachter“ und die „N.S. Zeitung für Württemberg und Hohenzollern“. Und zum anderen war gerade das „Heilbronner Tageblatt“ gegründet worden, zunächst als Wochen-, seit 5. März 1932 dann als Tageszeitung. In seinen Anfängen als Wochenzeitung steckte daneben noch der „Ulmer Sturm“, der mit seinen beiden, ebenfalls nur wöchentlich erscheinenden Nebenausgaben „Schwabensturm“ (Biberach) und „Heidenheimer Sturm“ auf eine Gesamtauflage von „4–5000“ Exemplaren kam.

Schon 1934 sah das ganz anders aus. Der „Ulmer Sturm“ präsentierte nun als Tageszeitung eine Auflage von 13.680 Exemplaren und mit seinen drei neuen

²⁸ Ebd., S. 82.

²⁹ Karl Werner STEIM, *Haigerlocher Zeitungen 1880–1934* (III), in: *Hohenzollerische Heimat* 30 (1980) S. 61.

³⁰ Karl Werner STEIM, *Haigerlocher Zeitungen 1880–1934* (Schluß), in: *Hohenzollerische Heimat* 31 (1981) S. 27f., S. 30.

³¹ Vgl. ergänzend: SCHNABEL (wie Anm. 3) S. 352–354.

³² www.wahlen-in-deutschland.de/wrtwwuerttemberg.htm (Aufruf am 1. 9. 2018).

³³ *Handbuch 1932* (wie Anm. 8) S. 365, S. 368.

Nebenausgaben³⁴ sogar eine von 20.100. Der „NS-Kurier“ meldete mittlerweile eine Auflage von 49.023 Stück. Und zudem war der Balinger „Wille“ verselbständigt und zur Tageszeitung umgeformt worden, verfügte über zwei eigene Nebenausgaben in Ebingen und Tailfingen und brachte es auf eine Auflage von 11.156 Stück³⁵. Das „Heilbronner Tageblatt“ hatte seine Konkurrenz ausgeschaltet und meldete mit seinen beiden neuen Nebenausgaben „Neue Unterländer Zeitung“ Neckarsulm und „Zaberwacht“ Brackenheim eine Gesamtauflage von 30.000 Stück. Das alles wäre zwar schon eine Verfünffachung der Auflage im Vergleich zu 1932 gewesen, aber trotzdem weit entfernt von jener Pauschalangabe geblieben: *württembergische NS-Pressen rund 330.000*³⁶. Wie kam man zu diesem Wert?

Den kleineren Teil steuerten fünf Neugründungen bei, die 1932 noch nicht erfasst worden waren – alles Parteiblätter, obwohl dies nicht immer dem Titel zu entnehmen war: die „Biberacher Zeitung“, die „Hohenloher Rundschau“ Öhringen, die „Nationalsozialistische Volkszeitung“ Rottweil, „Das Hakenkreuzbanner“ Schweningen und die „Württembergische Landeszeitung“ mit ihren Ausgaben für Stuttgart und Ludwigsburg. Alles in allem kamen sie 1934 auf eine Auflage von knapp über 30.000 Exemplaren.

Der große Rest kam auf anderem Wege zustande. Dazu gibt das Handbuch erste Hinweise. Es vermerkt nämlich: *Der NS-Kurier ist der NS-Pressen GmbH Württemberg, Stuttgart, angeschlossen, der folgende 67 Zeitungen angehören*³⁷. Und dann folgt eine lange Liste, die von der „Kocher-Zeitung“ in Aalen bis zu den „Hohenzollerschen Blättern“ in Sigmaringen reicht. Allerdings muss man genau sein. Einem knappen Nachtrag ist zu entnehmen, dass zur Drucklegung des Handbuchs einerseits schon wieder 18 Zeitungen ausgeschieden, andererseits sechs andere Zeitungen hinzugekommen waren³⁸. Im Endeffekt gehörten der NS-Pressen Württemberg Ende 1934 also 55 Zeitungen an. Aber worum handelte es sich dabei?

Bei der Nazifizierung der deutschen Gesellschaft im Jahre 1933 gab es viele Akteure, und es dauerte eine gewisse Zeit, bis sich dabei die Berliner Instanzen als maßgebend durchsetzten. Die württembergische Presse bildet dafür ein gutes Beispiel. Regionale Schlüsselfiguren waren der nationalsozialistische Gauleiter Wilhelm Murr und sein engster Mitarbeiter im Pressebereich, der Verlagsleiter des Stuttgarter Parteiblatts „NS-Kurier“, Dr. Otto Weiss. Beide hatten es sich in den Kopf gesetzt, die Presse im eigenen Gau so schnell als möglich in die eigene Hand zu bekommen und so in Berlin und bei Hitler besonders positiv aufzufallen.

³⁴ „Nationale Rundschau – Laupheimer Kurier“, „Nationale Rundschau – Neues Ehinger Tagblatt“, „Nationale Rundschau – Riedlinger Tagblatt“.

³⁵ Handbuch 1934 (wie Anm. 8) S. 264, S. 275.

³⁶ Ebd., S. 275.

³⁷ Ebd., S. 274.

³⁸ Ebd., S. 278.

Ihre Idee war ganz einfach: Sie gründeten eine Verlagsgesellschaft, die alle in ihrem Gau erscheinenden parteiamtlichen Zeitungen kontrollieren sollte. Konkret sollte dies dadurch geschehen, dass die württembergischen Verleger die Mehrheit ihrer Verlagsrechte an diese Gesellschaft, die „NS-Presse“, abtraten – unentgeltlich, versteht sich. Unter normalen Umständen wäre so etwas nie zu verwirklichen gewesen, aber die damaligen Zeitumstände waren alles andere als normal. Weiss' Vorgehen schilderte der Sohn des damaligen Verlegers der „Eßlinger Zeitung“, Friedrich Bechtle, später sehr anschaulich: „Mit umgeschnallter Pistolentasche, neuer Uniform, begleitet von einem weiteren bewaffneten und uniformierten alten Kämpfer hat Dr. Otto Weiss die nicht-nationalsozialistischen Verleger Württembergs aufgesucht und mit ihnen über die Abgabe ihrer Verlagsrechte ‚verhandelt‘.“³⁹ Um sein Ansinnen durchzusetzen, schreckte Weiss vor keiner Drohung zurück. Bechtle berichtete dazu: „Diese Verhandlungen unter Druck stellten ein völlig rechtloses Vorgehen dar und bestanden in zahlreichen Fällen darin, dass dem Verleger verkündet wurde, dass die Partei ihn völlig ablehne und eine Abtretung der Anteile erfolgen müsse, dass bei Nichteinwilligung eine sofort am Platze zu gründende NS-Zeitung und der Pflichtbezug der Parteimitglieder für dieses neue Blatt die Zeitung des Altverlegers in kürzester Zeit in den Konkurs bringen werde, dass der Verleger sich dann nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen könne, dass er wegen Widersetzung gegen die Staatsgewalt und als Feind des Regimes und der neuen Zeit auf den Heuberg (das württembergische Konzentrationslager) käme, dass das Amtsblatt keinesfalls bei einer nichtnationalsozialistischen Zeitung bleiben könne, dass der Kampf bis aufs Messer sogleich in sein Endstadium übergehen werde. Gleichzeitig wurden, um den Druck zu verstärken, in vielen Fällen die örtlichen Parteifunktionäre, wie die Kreisleiter, zu den Erpresserverhandlungen hinzugezogen und damit dokumentiert, dass der Zeitungsverleger keinerlei Hilfe von den am Orte mit ihm zusammenlebenden Mitbürgern zu erwarten habe. Es hieß dann weiter, dass die Lieferung der örtlichen Nachrichten an den Verleger durch die behördlichen, staatlichen und Wirtschaftsstellen überhaupt gesperrt würde.“⁴⁰ Wie viele andere beugte sich Richard Bechtle diesem Druck. Die Eßlinger Zeitung GmbH wurde Teil der NS-Presse Württemberg.

Ähnliches ist vom „Murrthal Boten“ in Backnang überliefert. Hier mussten die Verleger Friedrich und Emil Stroh am 23. September 1933 der Gründung einer NS-Presse Backnang GmbH zustimmen, in der Dr. Weiss alleiniger Geschäftsführer war⁴¹. Andernorts spielten den neuen Herren günstige Umstände in die Hände, so etwa in Mühlacker, wo der 22-jährige Eugen Händle im Sommer 1932 gerade

³⁹ Friedrich Richard BECHTLE, *Die nordwürttembergische politische Presse 1930 bis 1949 unter Berücksichtigung allgemeiner Vorgänge im deutschen Zeitungswesen*, masch. Diss. München 1952, S. 121.

⁴⁰ Ebd., S. 114–116.

⁴¹ www.nationalsozialismus-in-backnang.de/dossier/nsdap-herrschaft/bildung-soziales (Aufruf am 1.9.2018).

das in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Traditionsblatt „Dürrmenz-Mühlacker Bote“ gekauft hatte. Der Gründung der Brauner Sender GmbH in der NS-Presse Württemberg konnte er keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen⁴².

Trotzdem scheint auch anderes möglich gewesen zu sein. In Munderkingen, das 1932 gerade einmal 2.600 Einwohner zählte, erschien seit 1864 „Der Donau-Bote“, seit dem frühen 20. Jahrhundert immer mehr von dem gelernten Buchdrucker Hermann Traub gestaltet. Das dem Zentrum nahe stehende Blatt hatte Anfang der 1930er Jahre vier Ausgaben pro Woche und besaß eine Nebenausgabe für Obermarchtal. Vom 16. Mai 1933 datiert ein Schreiben der „Biberacher Zeitung“ mit kaum lesbarer Unterschrift, das Traub dem neuen System gefügig machen sollte: In Munderkingen bestehe *der Wunsch der dortigen Mitglieder der N.S.D.A.P., daß im Pressewesen eine Gleichschaltung kommt. Diese muß auf dem schnellsten Wege durchgeführt werden.* Die nächstliegende Alternative wäre eine eigene Ausgabe des NS-Organs „Ulmer Sturm“. Die Situation sei ernst: *Die N.S.D.A.P. ist gewillt, mit allen verfügbaren Mitteln ein anderes Organ in den Munderkinger Bezirk zu bringen.* Das Angebot nun der „Biberacher Zeitung“: *Ehe ich dem Ulmer Sturm das Munderkinger Gebiet überlasse, ziehe ich dort mit Hilfe Munderkinger Persönlichkeiten selbst eine Zeitung auf.* Traub solle über seine Teilnahme entscheiden. Traub widerstand und konnte seinen Betrieb bis 1941 fortsetzen – wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil er sowohl von der Stadt wie der lokalen NSDAP unterstützt wurde⁴³.

Erfolg hatte auch der „Schwarzwälder Bote“, allerdings mit etlichen Blessuren. Die in Oberndorf bereits seit 1835 erscheinende Zeitung besaß in der Region erhebliche Bedeutung. 1932 meldete sie eine Auflage von 35.000 Exemplaren. Weil man sich der nationalsozialistischen Einflussnahme nicht sofort öffnete, sah man sich schnell mit Konkurrenz konfrontiert: In Schramberg wurde die „NS-Wacht“ gegründet, die aggressiv gegen den „Boten“ vorging. Die Besitzer des „Boten“ ließen sich aber nicht einschüchtern. Am 5. August 1933 wurde in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung beschlossen: *Dem von Organen der NS-Partei gestellten Antrag, der Partei eine Einflussnahme von 51% auf die Leitung des „Schwarzwälder Boten“, sei es durch Abtretung von 51 Kommanditanteilen, sei es in anderer Weise, einzuräumen, wird nicht entsprochen. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst*⁴⁴. Der „Schwarzwälder Bote“ konnte seine ökonomische Unabhängigkeit bewahren, hatte aber deutliche Einbußen hinzunehmen. 1934 lag

⁴² Konrad DUSSEL, Eine Zeitung im Strom der Geschichte. Vom „Dürrmenz-Mühlacker Bote“ 1890 über „Der Braune Sender“ 1933 zum „Mühlacker Tagblatt“ 2015, Mühlacker/Ubstadt-Weiher 2015, S. 46–48.

⁴³ Ich danke Frau Ursula Erdt vom Stadtarchiv Munderkingen für die Übersendung einschlägigen Materials.

⁴⁴ Hortolf BIESENBERGER, Der Schwarzwälder Bote in den Jahren 1930–1950, masch. Diss. München 1953, S. 37.

die Auflage nur noch bei 26.306 Exemplaren. Immerhin konnte sich der „Bote“ auch in den folgenden Jahren behaupten. 1944 zählte er zu den nur 25 (von 625) Blättern reichsweit, die sich nicht in Parteibesitz befanden und trotzdem über eine Auflage von mehr als 25.000 Stück verfügten (27.000)⁴⁵. Langfristig gelungen war dieses Überleben zum einen durch die Ausnutzung der Differenzen zwischen Max Amann und Otto Dietrich, indem sich der „Bote“ einer „Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen“ anschließen konnte, die sich mit der DIMITAG, dem Dienst mittlerer Tageszeitungen, sogar ein eigenes Informationsnetz schaffen durfte⁴⁶. Zum anderen dürfte aber sein ganz spezifisches Verbreitungsgebiet noch viel wichtiger gewesen sein, wie Thomas Schnabel überzeugend herausgearbeitet hat⁴⁷.

Kurzfristig zugute war der Zeitung aber sicher gekommen, dass die *Vorgänge in Württemberg* sogar während der von Kanzler Hitler geleiteten Reichsstatthalterkonferenz am 28. September 1933 zur Sprache gekommen waren. Im Vorfeld hatte der Staatssekretär im Propagandaministerium, Walter Funk, dem Innenminister über die rabiaten Machenschaften von Murr und Weiss in Württemberg berichtet. Hans Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, antwortete Funk am 28. August 1933, Hitler sei *gleich Ihnen und mir der Auffassung, daß die Zustände im Pressewesen in Württemberg untragbar sind und hat mich beauftragt, den Herr Reichsstatthalter in Württemberg zu einem Vortrag zu ihm zu bestellen*. Dieser Vortrag fand am 13. September statt, wie Lammers dann Reichsinnenminister Frick am 20. Oktober 1933 mitteilte. Damals sei vereinbart worden, schrieb Lammers weiter, *daß der Herr Reichsstatthalter sich von der NS-Presse Württemberg zurückziehen wird. Er wird auch für Sorge tragen, daß der unzulässige Druck, der bisher auf die Provinzpresse ausgeübt worden ist, in Zukunft unterbleibt*⁴⁸.

Hitler hatte in dieser Auseinandersetzung nicht nur die württembergischen Verleger unterstützt. Auch Max Amann, Direktor des zentralen NSDAP-Parteiverlags und Präsident der neu gegründeten Reichspressekammer, hatte seine Probleme mit Murr gehabt, der nicht bereit gewesen war, die Eigentumsrechte der Partei an den von ihm gehaltenen Anteilen an der NS-Kurier Verlags GmbH anzuerkennen. Murr war darin massiv von seinem Verlagsleiter Weiss unterstützt worden. Als

⁴⁵ Fritz SCHMIDT, *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts*, Berlin 1947, S. 178. – Das Buch erschien ursprünglich anonym als „Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials“. Später wurde der Autor bekannt und auch seine Position als Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen“ (HALE [wie Anm. 6] S. 332–335).

⁴⁶ Zur Arbeitsgemeinschaft: SCHMIDT (wie Anm. 45) S. 160 ff. – Der DIMITAG bestand (mit einer Unterbrechung zwischen 1945 und 1954) bis Ende 1999 (www.bdzv.de/nachrichten-und-service/branchennachrichten/artikel/detail/dimitag_aufgeloes/ [Aufruf am 1.9.2018]).

⁴⁷ SCHNABEL (wie Anm. 3) S. 370 f.

⁴⁸ Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler I, Band 2, München 1999, S. 870.

Murr Amann und Hitler nachgeben musste, waren die Tage für Weiss in Stuttgart gezählt. Anfang 1934 wurde er von seinem Posten abgelöst⁴⁹.

Allerdings darf daraus nicht geschlossen werden, dass nun eine Zeit größerer Liberalisierung begonnen hätte. Das war mitnichten der Fall. Nur der württembergische „Sonderweg“ auf dem Gebiet der Tagespresse war beendet. Fortan kamen die Vorgaben aus Berlin. Konkret bedeutete dies, dass für die inhaltliche Lenkung der Presse das Propagandaministerium zuständig war, während die ökonomische Steuerung über den Eher-Verlag, den Partei-Verlag der NSDAP, erfolgte. Zu diesem Zweck wurde als Tochter die Standarte GmbH gegründet, in der alle Gauverlagsgesellschaften finanziell und administrativ zusammengefasst waren⁵⁰.

Die Situation 1934/1935

1934 erschien nicht nur die 5. Auflage des Handbuchs der deutschen Tagespresse, 1935 folgte auch die erste Ausgabe eines Zeitungskatalogs des neu geschaffenen „Reichsverbands der deutschen Werbemittler“⁵¹. Beide Nachschlagewerke ergänzen sich und erlauben einen lückenlosen und in dieser Form einmaligen Überblick über die damalige Zeitungslandschaft Württembergs und Hohenzollerns.

Es sei mit der Bestandsaufnahme begonnen. In Württemberg wurden im Zeitungskatalog 1935 129 Hauptausgaben gezählt, in Hohenzollern vier, d. h. 133 insgesamt. Aus seinen Angaben zu den Druckauflagen vom Herbst 1934 ist eine Gesamtauflage der Zeitungen von fast genau 703.000 Stück zu errechnen. Die Volkszählung des Jahres 1933 ergab für Württemberg und Hohenzollern eine Bevölkerung von 2.768.889 Köpfen, verteilt auf 709.190 Haushalte. Im Prinzip wurde also jeder Haushalt von einer Zeitung erreicht. Im sehr ländlichen Hohenzollern lag man allerdings etwas darunter, da waren es höchstens zwei Drittel der Haushalte.

Allerdings dürfen die Veränderungen der unmittelbaren Vergangenheit nicht übersehen werden. Es ist zwar nicht ganz klar, auf welchen Zeitraum genau sich die Auflagenangaben im Handbuch 1934 beziehen, aber auf jeden Fall lag er vor Herbst 1934, wahrscheinlich Herbst 1933. Aus den Angaben des Handbuchs ist jedoch noch eine Auflage von wahrscheinlich 748.000 Exemplaren zu ermitteln⁵². Das ergibt einen Rückgang von rund sechs Prozent innerhalb weniger Monate des Jahres 1934, vielleicht innerhalb eines Jahres. Und noch dramatischer wird der

⁴⁹ BECHTLE (wie Anm. 39) S. 119. Nach HALE (wie Anm. 6) S. 117, erst 1936.

⁵⁰ Ebd., S. 107.

⁵¹ Dirk REINHARDT, *Von der Reklame zum Marketing. Geschichte der Wirtschaftswerbung in Deutschland*, Berlin 1993, S. 116 f.

⁵² Elf (durchweg kleine) Zeitungen hatten die Angabe verweigert, zum größeren Teil hatten sie überhaupt nicht auf den Fragebogen des Berliner Instituts reagiert.

Einbruch, wenn man die Angabe des Zeitungskatalogs von 1935 mit der des Handbuchs 1932 vergleicht. Dann ist der Rückgang der Gesamtauflage innerhalb von etwa drei Jahren auf fast 25 Prozent zu veranschlagen. Die schlechte Wirtschaftslage mag da eine Rolle gespielt haben, viel wichtiger waren aber die Ausfälle durch Zeitungsverbote und -einstellungen, die nicht annähernd ausgeglichen werden konnten.

Nicht übergangen werden darf selbstverständlich, dass von dem im Handbuch 1932 genannten 179 Zeitungen 1935 nur noch 133 auftauchten – wie bei der Auflage war das ein Verlust von rund einem Viertel innerhalb von drei Jahren; in Baden waren die Rückgänge in beiden Hinsichten nur wenig geringer⁵³. Auf die Verbote und Pressionen des Jahres 1933 wurde bereits eingegangen; sie setzten sich 1934 fort. Der Heilbronner NSDAP-Kreisleiter und Verlagsleiter der Parteizeitung „Heilbronner Tageblatt“ profilierte sich dabei besonders. Auch den Sohn des Heilbronner Verlegers Kraemer, Viktor Kraemer junior, der die „Weinsberger Zeitung“ herausgab, drängte er aus dem Geschäft⁵⁴. Dasselbe Schicksal traf um dieselbe Zeit den Brackenheim Verleger Georg Kohl, der seinen „Zaber-Boten“ verkaufen muss. Das Feld übernahm die „Zaber-Wacht“, eine Nebenausgabe des „Heilbronner Tageblatts“⁵⁵. Am 31. Oktober 1934 kapitulierte „Der Hohenloher Bote“ vor der neuen nationalsozialistischen Konkurrenz „Hohenloher Rundschau“, nachdem die Auflage innerhalb von zwei Jahren von 4.500 auf 1.100 Exemplare zurückgegangen war⁵⁶. Die „Unterländer Volkszeitung“ in Neckarsulm hätte vielleicht trotz ihres Auflagenrückganges von 5.500 auf 2.513 Exemplare noch dem Druck der nationalsozialistischen „Neuen Unterländer Zeitung“, einer zweiten Nebenausgabe des „Heilbronner Tagblatts“ standgehalten. Das Zentrumsblatt wurde zum 31. Dezember 1934 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ verboten⁵⁷.

Allerdings wird man nicht alle Zeitungseinstellungen der Jahre 1932, 1933 und 1934 bloß auf nationalsozialistischen Druck zurückführen dürfen. Wirtschaftliche Umstände spielten sicherlich ebenfalls eine große Rolle. Und in vielen Fällen dürfte beides unheilvoll miteinander verbunden gewesen sein. Zur Klärung der Umstände im Einzelnen bedarf es allerdings noch erheblicher Detailforschung. Ziemlich eindeutig dürften wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund gestanden haben, wenn Nebenausgaben aufgegeben wurden – etwa das „Birkenfelder Tagblatt“ von „Der Enztäler“ in Neuenbürg oder der „Dettinger Anzeiger“ des „Ermstalbote“ Urach, wo gleichzeitig auch der „Uracher Volksfreund“, eine Nebenausgabe des „Metzinger Volksblatt“, eingestellt wurde. Die 11.000-Einwoh-

⁵³ DUSSEL, Die Nazifizierung (wie Anm. 2) S. 435.

⁵⁴ JACOBI (wie Anm. 25) S. 118; www.wikipedia.org/wiki/Weinsberger_Zeitung (Aufruf am 1.9.2018).

⁵⁵ JACOBI (wie Anm. 25) S. 120.

⁵⁶ Ebd., S. 122. Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 362, bzw. 1934 (wie Anm. 8) S. 272.

⁵⁷ JACOBI (wie Anm. 25) S. 114. Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 361, bzw. 1934 (wie Anm. 8) S. 271.

ner-Gemeinde Freudenstadt war aber wahrscheinlich auch mit Umland zu klein, um auf Dauer neben der alten „Schwarzwaldzeitung. Der Grenzer“ auch die 1924 gegründete „Schwarzwälder Rundschau“ zu ermöglichen. Ähnliches gilt für das noch deutlich kleinere Wildbad, in dem 1932 das alte „Wildbader Tagblatt“ seit 1926 mit dem „Wildbader Lokal-Anzeiger“ konkurrieren musste. 1934 existierte nur noch das „Tagblatt“, allerdings war seine Auflage von 1.400 auf 800 Exemplare gesunken. 1935 gab es in Wildbad keine eigene Zeitung mehr.

Schließlich verdienen aber auch noch weitere zeitgenössische Angaben genauere Betrachtung, weil sie wichtige, ansonsten kaum zu erhaltende Informationen zur Struktur der damaligen Tagespresse vermitteln. Ende 1933 hatte der neu etablierte Werberat der deutschen Wirtschaft eine ganze Reihe Normierungen für die Wirtschaftswerbung eingeführt. Unter anderem galten für die Zeitungsverleger ganz neue Regeln zur Auflagenmeldung. Sie waren fortan verpflichtet, *ein Auflagenbuch zu führen. Hierin sind für jede Nummer spätestens ein Tag nach ihrer Auslieferung einzutragen: 1. die Druckauflage, 2. die Anzahl der an voll zahlende Bezieher gelieferten Stücke, 3. die Anzahl der an die übrigen ständigen Empfänger gelieferten Stücke.* Darüber hinaus war vom 5. Januar 1934 an in allen *Druckschriften, die in kürzeren als wöchentlichen Abständen erscheinen: die Durchschnittsauflage der vergangenen Monate* anzugeben. Außerdem war dem Werberat viermal jährlich eine Meldung abzugeben, die neben diesen Angaben auch *die durchschnittliche Anzahl der im Einzelhandel verkauften Stücke* zu enthalten hatte⁵⁸. Letztlich sollten so alle Werte erhoben werden, die man sich pressestatistisch nur wünschen kann. Dies alles war nicht pressepolitisch oder gar propagandistisch motiviert, es war Teil der nationalsozialistischen Wirtschaftsförderung⁵⁹.

Wie lange diese Vorgaben umgesetzt wurden, lässt sich nicht mehr feststellen⁶⁰. Eindeutig ist jedoch zweierlei: Die Veröffentlichung der Durchschnittsauflage der vergangenen Monate in den Zeitungen selbst wurde mit Kriegsbeginn wieder eingestellt. Und nur einmal scheinen die dem Werberat zugegangenen differenzierten Angaben wirklich auf breiter Front veröffentlicht worden zu sein, im Zeitungskatalog 1935. In diesem Nachschlagewerk finden sich tatsächlich Angaben zur *durchschnittlichen Auflage im 3. Vierteljahr 1934* fein säuberlich getrennt nach *Druckauflage, an vollzahl[ende] Bezieher geliefert, an übr[ige] ständige Bezieher geliefert und im Einzelhandel verkauft*. Mit ihrer Hilfe kann nun nicht nur die Differenz zwischen Druckauflage und verkaufter Auflage im Allgemeinen bestimmt werden, auch die Bedeutung des Einzelverkaufs lässt sich eindeutig ablesen – und im Umkehrschluss die der Abonnements. Den einzigen Wermutstropfen

⁵⁸ 3. Bekanntmachung des Werberates der deutschen Wirtschaft vom 21. November 1933 und Ergänzungen, Art. 7, in: Handbuch 1934 (wie Anm. 8) S. 319 f.

⁵⁹ FÜHRER (wie Anm. 4) S. 416.

⁶⁰ Beim „Schwarzwälder Boten“ wurden entsprechende Statistiken bis 1940 geführt: BIESENBERGER (wie Anm. 44) S. 66.

bildet die fast schon zu erwartende Tatsache, dass die Verleger die angeforderten Daten nur zum Teil lieferten, vor allem, was den Einzelverkauf anging. Aus Hohenzollern wurden dazu überhaupt keine Angaben gemeldet; dieser Bezirk bleibt im Folgenden deshalb außer Betracht.

Die Differenz zwischen Druckauflage und an vollzahlende Bezieher verkaufte Zeitungsexemplare lässt sich mit beträchtlicher Genauigkeit bestimmen⁶¹. Nur 13 Verleger hatten auf eine oder beide der dazu nötigen Angaben verzichtet. Die überwältigende Mehrheit hatte eindeutige Zahlen geliefert: 85 Prozent ihrer Druckauflage war an *vollzahlende Bezieher* geliefert worden, weitere 6,3 Prozent über Freixemplare an *übrige ständige Bezieher*. Damit gelangten weniger als zehn Prozent der gedruckten Exemplare nicht in Umlauf.

Bei den Angaben zum Einzelverkauf hatten sich die Verleger viel größere Zurückhaltung auferlegt. Hier gab es insgesamt nur 56 Meldungen. Die vielen Ausfälle dürften jedoch in der Hauptsache nur einen Grund haben: die mangelnde Bedeutung dieses Verkaufszweigs. Dies zeigt sich schon allein, wenn man sich die Werte bei jenen Zeitungen betrachtet, zu denen die entsprechenden Angaben vorhanden sind. Von den 385.469 Zeitungsexemplaren, die hier an vollzahlende Bezieher geliefert wurden, wurden nur 10.659 Stück im Einzelverkauf abgesetzt – das waren weniger als drei Prozent! Im Umkehrschluss bedeutet das: Mehr als 97 Prozent der verkauften Auflage der württembergischen Zeitungen wurde im Rahmen von Abonnements geliefert!

Ausnahmen von dieser Regel gab es nur wenige. Am deutlichsten setzte sich der „Schwarzwälder Bote“ in Oberndorf ab. Bei ihm fällt bereits die große Differenz zwischen Druckauflage und überhaupt verkaufter Auflage auf. Er konnte durchschnittlich nur etwas mehr als zwei Drittel seiner Druckauflage von 22.335 Stück absetzen – wahrscheinlich bedingt durch den harten Kampf mit der nationalsozialistischen Konkurrenz, auf den schon hingewiesen wurde. Und zudem wurden von den 15.310 verkauften Exemplaren 2.514 einzeln über den Ladentisch gegeben, das waren ausnahmsweise 16 Prozent, also rund jedes sechste. Etwas besser ging es da dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“. Es konnte immerhin fast drei Viertel seiner Druckauflage von nur noch 46.399 Exemplaren verkaufen und der Anteil des Einzelverkaufs beschränkte sich auf knapp 12 Prozent.

Auf der anderen Seite war für die meisten Zeitungen, die dazu überhaupt Zahlen meldeten, der Einzelverkauf völlig bedeutungslos. Fast kann man sagen: je kleiner die Auflage, desto dominanter war das Abonnement. Die „Tauber-Zeitung“ in Bad Mergentheim beispielsweise druckte 3.435 Exemplare, von denen sie 3.100 verkaufte (und 124 an andere ständige Bezieher lieferte). Einzeln verkauft wurden nur 44 Stück, das waren 1,4 Prozent der Verkäufe. Noch extremer war es bei dem „Blaubeurer Tagblatt“. Es verkaufte 1.206 Exemplare seiner Druckauflage von 1.400 Stück – und davon nur eines im Einzelverkauf. Ob es sich dabei um Partei-

⁶¹ Die folgenden Angaben nach Zeitungskatalog 1935 (wie Anm. 8) S. 88–93.

oder keine Parteizeitungen handelte, spielte dabei keine nennenswerte Rolle, wie sehr schön das Beispiel der beiden Rottweiler Blätter zeigt: Die „Nationalsozialistische Volkszeitung“ hatte 3.416 Abonnenten und verkaufte einzeln zwei Exemplare; der „Schwarzwälder Volksfreund“ konnte neben 2.283 ständigen Abnehmern durchschnittlich auf drei weitere zahlende Bezieher rechnen.

Betrachtet man sich vor diesem Hintergrund nun noch einmal die Fälle, in denen auf eine Angabe der Einzelverkaufszahlen verzichtet wurde, so handelt es sich durchweg um Zeitungen der eben vorgestellten Größenordnung. Ausnahmen bilden nur zwei Zeitungen mit einer etwas größeren, über 10.000 hinausgehenden Druckauflage, „Der Wille“ in Balingen und das „Reutlinger Tagblatt“. Ohne Weiteres lässt sich damit behaupten, dass die württembergische Tagespresse in ganz überwältigender Mehrheit, zum Teil sogar fast hundertprozentig, per Abonnement verkauft wurde.

Die Amann-Verordnungen und ihre Folgen. Die Situation 1937

Im Rückblick, so könnte es scheinen, war durch das Verbot der linksoppositionellen Presse, das Schriftleitergesetz und ergänzende Verordnungen die „Gleichschaltung“ des deutschen Zeitungswesens im Wesentlichen 1933/1934 vollzogen worden. Danach beruhigte sich wohl die Situation, ein Eindruck, der von den für das gesamte Reich veröffentlichten Pauschalzahlen etwa zur Auflagenentwicklung bekräftigt würde: Die Druckauflage vom 4. Vierteljahr unterschied sich kaum von der des 1. Vierteljahrs 1934, dasselbe gilt, wenn man nach den verschiedenen Arten des konkreten Bezugs fragt. Wenn man sich die einschlägigen Tabellen näher betrachtet, muss nur für eine gewisse Irritation sorgen, dass dieses Ergebnis vor allem durch eine beträchtliche Ausweitung des Begriffs der „Tagespresse“ zustande kam: Einbezogen wurden auch alle nur einmal wöchentlich erscheinenden Periodika – und die hatten ein beträchtliches Auflagen-Wachstum zu verzeichnen: bei der Druckauflage von 2,2 auf 3,3 Millionen Stück. Lässt man sie unberücksichtigt, um dem allgemeinen Verständnis von „Tageszeitung“ näher zu kommen, so ist ein recht beträchtlicher Auflagenrückgang innerhalb des einen Jahres festzustellen: von 16,3 auf 15,4 Millionen Stück, also um gut fünf Prozent⁶².

Dieses Ergebnis kommt auch zustande, wenn man sich auf Württemberg und Hohenzollern beschränkt. Allerdings hatte sich 1937 die Zahl der Zeitungen im Vergleich zu 1934 um gut 14 Prozent verringert, es erschienen nur noch 119 Haupt- und 15 Nebenausgaben. Und schaut man ganz genau hin, so ist eigentlich ein Verlust von 31 Zeitungen (= 22 Prozent) zu konstatieren⁶³, der nur durch zwölf Neuzugänge verdeckt wird. Die meisten dieser zwölf Neuzugänge sind jedoch von

⁶² Handbuch 1937 (wie Anm. 8) S. XXVIII, S. XXXI.

⁶³ HALE (wie Anm. 6) S. 219, beziffert den Verlust auf 25.

eigenartiger Beschaffenheit. Allein neun von ihnen gehen auf das Konto des Reutlinger Klein-Verlegers Ludwig Gsell, der 1933 damit begonnen hatte, die Dörfer im Umfeld Reutlingens mit einem zweimal wöchentlichen „Gemeindeboten“ zu versorgen, der im Handbuch 1934 aber noch nicht erfasst worden war. Im Herbst 1934 reichten die Auflagen von 203 Stück bei der Ausgabe für Rommelsbach bis 803 für Unterhausen-Honau. Als Gesamtauflage wurden 3.885 Stück angegeben⁶⁴.

Gleichzeitig hatte die Gesamtauflage der württembergischen Zeitungen zwar im Vergleich zu 1934 eine leichte Verringerung erfahren, sich gegenüber 1935 aber etwas erholt: Dem Rückgang von 748.000 auf 703.000 folgte eine Verbesserung auf 709.000. Insgesamt blieb ein Schwund von gut fünf Prozent. Im Badischen war der Einschnitt viel dramatischer. Hier war zwischen 1934 und 1937 fast jede zweite Zeitung (43 Prozent) weggefallen und die Gesamtauflage war um 20 Prozent gesunken⁶⁵.

Was aber war die Ursache für dieses Zeitungssterben, dem ja auch im Württembergischen effektiv mehr als ein Fünftel der Blätter erlagen? In den allermeisten Fällen war es auf eine der drei Anordnungen zurückzuführen, die Max Amann, der Präsident der Reichspressekammer und mächtige Chef des parteieigenen Eher-Verlags, am 24. April 1935 erlassen hatte. Ausgearbeitet von seinem Stabsleiter Rolf Rienhardt, trugen sie recht unverfängliche, auf den ersten Blick ziemlich einleuchtende Titel: Die erste (und umfangreichste) wurde zur *Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens* erlassen, die zweite *über Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse* und die dritte, ganz kurze, zur *Beseitigung der Skandalpresse*⁶⁶. Dahinter verbarg sich jedoch ein Maßnahmenbündel, mit dem es den Nationalsozialisten möglich war, auf verschiedene Weise gegen die unterschiedlichsten Konkurrenten ihrer Presse vorzugehen. Nicht nur, dass nun von allen *Berechtigten am Verlag und deren Ehegatten ein Nachweis der arischen Abstammung bis zum Jahre 1800 zurück zu erbringen* war (Anordnung I, Artikel I, Abs. 3) und alle möglichen juristischen Besitzkonstruktionen wie Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften fortan verboten waren (Anordnung I, Art. II); Zeitungen durften *nach ihrer inhaltlichen Gestaltung auch nicht mehr auf einen professionell, beruflich oder interessenmäßig bestimmten oder bestimmaren Personenkreis abgestellt sein* (Anordnung I, Art. IV). Überdies hatten die Verlage auf Anforderung alle Unterlagen zur Überprüfung zur Verfügung zu stellen, wenn *überspitzte Wettbewerbsverhältnisse bestehen* (Anordnung II, Art. II) – so konnte man sich problemlos über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Konkurrenz informieren. Selbstverständlich wollte man sich selbst keinerlei Fesseln auferlegen. Ausdrück-

⁶⁴ Zeitungskatalog 1935 (wie Anm. 8) S. 91.

⁶⁵ DUSSEL, Die Nazifizierung (wie Anm. 2) S. 440.

⁶⁶ Die Texte in Handbuch 1937 (wie Anm. 8) S. 394–400; auch in: DUSSEL, Deutsche Tagespresse (wie Anm. 6) S. 173–175.

lich wurde festgehalten: *Von vorstehenden Bestimmungen werden das Reich und die NSDAP, sowie von diesen im Einzelfalle ausdrücklich beauftragte Personen und Personengesamtheiten nicht betroffen* (Anordnung I, Art. II, Abs. 4).

Die Amann-Anordnungen bedeuteten das Ende der katholischen Presse, und selbstverständlich nicht nur in Württemberg. Allerdings sorgte man dafür, dass ihre Fassade ein Stück weit erhalten blieb. Vollständig eingestellt wurden nur acht Zentrums-Zeitungen, als auflagenstärkste das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart (Auflage im Herbst 1934: 10.096) mit seinen beiden Nebenausgaben „Aalener Volkszeitung“ (2.273) und „Ipf- und Jagstzeitung“ Ellwangen (2.320)⁶⁷. Bei den sogenannten „Verbo“-Zeitungen ging man viel raffinierter vor. Der „Verband der oberschwäbischen Zeitungsverleger“ war 1922 auf Initiative des Wangener Verlegers Franz Walchner entstanden. 20 kleine Zeitungen hatten sich damals zusammengeschlossen, um durch Bündelung ihrer Ressourcen die wirtschaftliche Krise zu überstehen. Der Hauptteil der gemeinsam herausgebrachten Zeitung entstand in Friedrichshafen, vor Ort wurden nur noch die Lokalteile hinzugefügt und das Ganze unter dem traditionellen Namen verkauft. Bis 1935 gehörten dem Verbund 32 Verlage an, auch aus Baden. Die Nationalsozialisten hatten nun kein Interesse daran, die bewährte Konstruktion zu zerschlagen; sie wollten sie nur in aller Stille übernehmen.

Die Wege, die zu diesem Ziel führten waren verschlungen, ein Stück weit der komplexen Zeitungslandschaft entsprechend. In Ravensburg beispielsweise konkurrierte seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts die sich 1932 als *christlich-national* charakterisierende „Oberschwäbische Volkszeitung“ (samt drei Nebenausgaben) mit dem traditionsreichen Zentrumsblatt „Oberschwäbischer Anzeiger“. Nachdem die „Volkszeitung“ 1933 in die NS-Presse Württemberg eingegliedert worden war, änderte sich nicht nur ihr Name in „NS-Volkszeitung – Ravensburger Tagblatt“, auch ihre Nebenausgaben wurden umstrukturiert. Zur bestehenden Ausgabe für Friedrichshafen traten nun das „Neue Allgäuer Tagblatt“ für Wangen und der „Allgäu-Sturm“ für Leutkirch-Wurzach. In Wangen hatte nun der alte „Argen-Bote“ des Zentrums einen schweren Stand. Am 2. September 1935 wurde er mit dem „Neuen Allgäuer Tagblatt“ vereinigt⁶⁸. Der „Verbo – Oberschwäbischer Anzeiger“ bestand zunächst weiter, wurde dann aber mit dem „Tagblatt“ zum „Verbo Ravensburger Tagblatt“ vereinigt.

Ähnlich war es in Biberach gelaufen. Hier hatten die Nationalsozialisten zunächst dem Zentrumsblatt „Anzeiger vom Oberland“ 1932 ihre „Biberacher Zeitung“ entgegengesetzt. 1933 zum „alleinigen Amtsblatt für das Oberamt Biberach“

⁶⁷ Vgl. Michael GEIGGES, Die Deutsche Bodensee-Zeitung. Versuch einer katholischen Tageszeitung, im Dritten Reich zu überleben, Konstanz 1986, S. 132.

⁶⁸ <http://denktag2006.denktag-archiv.de/Das-Wangener-Zeitungswesen.1241.0.html> (Aufruf am 1.9.2018) (irrtümlich wird die Amann-Anordnung auf 24. April 1933 datiert und demzufolge auch die Vereinigung auf 1933); SCHNABEL (wie Anm. 3) S. 358 f.

geworden, erhielt die „Zeitung“ mit „Oberschwäbische Tagespost“ einen neuen Obertitel und auch gleich drei Nebenausgaben, das „Buchauer Tagblatt“, die „Saulgauer Zeitung“ und die „Waldseer Zeitung“. Ab September 1935 gab es dann nur noch eine Zeitung in Biberach, die allerdings alle bisherigen Namen weiterführte: „Verbo Biberacher Tagblatt – Anzeiger vom Oberland – Oberschwäbische Tagespost“⁶⁹. Aber wieso bestand die „Verbo“ immer noch – in Biberach wie in Ravensburg wie in vielen anderen südwürttembergischen Orten?

Um die alten Zentrumszeitungen unauffällig vereinnahmen zu können, hatte der bereits erwähnte Stabsleiter Amanns 1935 eine eigene Holding gegründet, die Phönix GmbH, die über zwei andere GmbHs dem Eher-Verlag gehörte. Vertreter der Phönix GmbH übernahmen nun die Anteile der Verbo-Gemeinschaft und überführten sie in einen neuen Zusammenschluss, die Oberschwäbische Verlagsanstalt GmbH⁷⁰. Das Ganze ging nach außen hin so unauffällig über die Bühne, dass es in der Partei am Ende Unmut darüber gab, dass so viele der alten Zentrumszeitungen weiter bestanden. Stabsleiter Rienhardt sah sich deshalb Anfang 1938 zu einer Stellungnahme gezwungen, die den Gauleitern vertraulich zuging: Aufgabe der Phönix-Zeitungen sei *die propagandistische Beeinflussung der Volkskreise, die durch die Parteipresse nicht erfaßt werden*, hieß es darin, und weiter: *Der gesamten Presse ist nationalsozialistische Erziehungsaufgabe gestellt. Die Art ihrer Erfüllung ist jedoch eine völlig verschiedene; denn jede Zeitung muß zur Erzielung einer Wirkung auf die Leserschaft die Methoden anwenden, mit denen gerade ihre Leser erfolgreich beeinflußt werden können. Die Zeitungen [...] der Phönix würden daher ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie in Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der Presse die gleichen Methoden anwenden würden wie die Parteipresse. [...] Es gilt nun, auch diese Zeitungen wirksam einzusetzen und zu verhindern, daß weiteste katholische Kreise sich mit dem Lesen der katholischen Kirchenpresse begnügen*⁷¹.

Auch in Ulm versuchten die Nationalsozialisten ein Stück weit den Schein zu wahren. Kein Pardon hatte es nur für die sozialdemokratische „Donauwacht“ gegeben. Sie war schon 1933 eingestellt worden. Der „Schwäbische Volksbote“ des Zentrums wurde dagegen noch bis Ende September 1937 geduldet. Und noch komplizierter war die Situation beim „Ulmer Tagblatt“. Die traditionsreiche, 1751 gegründete bürgerliche Zeitung, die 1932 noch mit einer Auflage von 22.400 Exemplaren erschienen war, hatte sich 1934 der NS-Presse Württemberg anschließen müssen. 1937 wurde das „Tagblatt“ dann mit dem 1931 gegründeten NS-Blatt „Ulmer Sturm“ zusammengelegt, erschien aber weiter unter dem alten Titel.

⁶⁹ Achim ZEPP, Es begann mit den Brüdern Knecht. 200 Jahre Zeitung in Biberach, in: Zeit und Heimat. Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur von Stadt und Kreis Biberach. Beilage der „Schwäbischen Zeitung“, Ausgabe Biberach, vom 28. Februar 2003, S. 72 f.

⁷⁰ HALE (wie Anm. 6) S. 186 f.

⁷¹ Zit. Norbert FREI/Johannes SCHMITZ, Journalismus im Dritten Reich, München 1989, S. 67.

Wie infam die Nationalsozialisten zum Teil vorgingen, ist seit kurzem eindrucksvoll am Beispiel der „Ludwigsburger Zeitung“ nachlesbar⁷². Seine Verleger, Moriz und Gerhard Ulmer, hatten dem Druck 1933/1934 zunächst widerstehen können. Sie konnten sich auch noch behaupten, als seit dem 16. Dezember 1933 eine lokale Nebenausgabe der neuen nationalsozialistischen „Württembergischen Landeszeitung“ herausgegeben wurde⁷³. 1936 mussten sie jedoch das erste Zugeständnis machen. Unter der Drohung, dass ihnen wegen mangelnder politischer Zuverlässigkeit die weitere Herausgabe ihrer Zeitung verweigert werden würde, übertrugen sie zum 1. Juli jenes Jahres 51 Prozent ihrer Anteile an die Phönix Zeitungsverlag GmbH⁷⁴. Im Gegenzug wurde die Nebenausgabe der „Württembergischen Landeszeitung“ wieder aufgegeben; außerdem wurden der „Ludwigsburger Zeitung“ die Leser der „Markgröninger Zeitung“ zugewiesen, die eingestellt wurde⁷⁵. Umgekehrt mussten die Ulmers den „Neckar- und Enzböten“ in Besigheim, den sie 1930 genauso wie die „Besigheimer Tageszeitung“ gekauft hatten⁷⁶, zum 31. Juli 1936 aufgeben. Den Besigheimern stand danach nur noch die Bietigheimer „NS-Rundschau“ zur Verfügung, ihrerseits eine Nebenausgabe des „Heilbronner Tagblatts“⁷⁷. Endgültig aus ihrem Verlag gedrängt wurden die Ulmers dann 1939. Weil sie dem Antisemitismus des Regimes nicht bedingungslos gefolgt waren, mussten sie die restlichen Anteile ihrer Zeitung weit unter Wert verkaufen⁷⁸.

Am bedeutendsten war schließlich der Erfolg, den die Nationalsozialisten mit den Amann-Verordnungen in Stuttgart erreichen konnten – allerdings blieb auch er den meisten Zeitgenossen verborgen. Größter württembergischer Zeitungsverlag war der „Stuttgarter Zeitungsverlag“, der in Stuttgart selbst das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ und die „Württembergische Zeitung“, daneben in Cannstatt auch noch die „Cannstatter Zeitung“ herausbrachte. Mehrheitseigner war damals der Großindustrielle Robert Bosch. Nun war der Verlag nicht nur eine GmbH, auch Bosch war eine Person, *die ganz oder überwiegend Wirtschaftsinteressen nicht pressemäßiger Art verfolgte*. Nach der Amann-Anordnung *zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens* bedurfte es deshalb nun zum Weiterbetrieb des Verlags Amanns einzelfälliger Genehmigung. Die wurde verweigert. Der recht selbstbewusste Bosch leistete zwar zunächst einigen Widerstand, aber schließlich gab er doch nach, als ihm von Göring persönlich auf Karin Hall eröffnet wurde, dass Bosch sich auf direkten Wunsch Hitlers aus der Presse zurückzuzie-

⁷² Wertvolles Lesen. 200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung, Ludwigsburg 2018, S. 224–266.

⁷³ Ebd., S. 233.

⁷⁴ Ebd., S. 247.

⁷⁵ Ebd., S. 247, S. 250.

⁷⁶ Ebd., S. 205.

⁷⁷ Auskunft des Stadtarchivs Besigheim vom 23. Mai 2018.

⁷⁸ 200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung (wie Anm. 72) S. 262, S. 264.

hen habe. Nach Bosch gaben nach und nach auch die anderen Anteilseigner auf. Sie verkauften ihre Anteile am „Stuttgarter Zeitungsverlag“ an die „Vera Verlagsanstalt“, ein früheres Unternehmen im Hugenberg-Imperium, das sich Amann mittlerweile ebenfalls einverleibt hatte. Nach außen blieb alles beim Alten: Die drei Zeitungen wurden weiterhin vom „Stuttgarter Zeitungsverlag“ produziert, der aber befand sich nun – verdeckt – in nationalsozialistischem Besitz⁷⁹.

Am Ende kann eine zweite Bilanz für 1937 gezogen werden. Von den 119 Tageszeitungen gehörten zwei direkt dem Stuttgarter „NS-Kurier“ (neben dem „Kurier“ selbst auch die „Württembergische Landeszeitung“), bei 15 Zeitungen gehörten sämtliche Anteile der NS-Presse Württemberg, bei weiteren 20 die Mehrheit. Rechnet man noch die 19 Zeitungen hinzu, die der NSDAP nahe standen, so umfasste die Partei-Presse insgesamt 56 Zeitungen. 63 Zeitungen waren noch mehr oder minder unabhängig. Dieses Bild wird jedoch nachhaltig modifiziert, wenn man die Auflagenzahlen einbezieht. Da ergibt sich ein Verhältnis von 75 zu 25 zugunsten der Parteipresse⁸⁰.

Die Situation 1939

Der 1939 am Vorabend des Zweiten Weltkriegs herausgegebene „Zeitungskatalog“ verzeichnet für Württemberg und Hohenzollern insgesamt 118 Zeitungen. Aufgrund seiner Angaben lässt sich auch einigermaßen genau die *Durchschnitts-Druckauflage im Oktober 1938*, so die Formulierung im Katalog, berechnen. „Einigermaßen genau“ muss deshalb gesagt werden, weil zwar in den allermeisten Fällen präzise, wenngleich mehr oder minder deutlich gerundete Zahlen genannt wurden, zehnmal jedoch ein *über* davor gesetzt wurde. Nun lässt sich zwar vermuten, dass die „Neue Weilheimer Zeitung“ mit der Formulierung *über 950* keine 1.000 Exemplare gedruckt haben dürfte, aber wie sah es bei den beiden großen Stuttgarter Blättern „Stuttgarter NS-Kurier“ und „Württembergischer Zeitung“ (*über 60.000* bzw. *über 34.000*) aus? Um Spekulationen nicht zu viel Raum zu geben, wurde in allen diesen Fällen das *über* ignoriert. Die damit zu berechnende Summe von 728.000 Exemplaren ist somit als Auflagen-Untergrenze zu betrachten, die um ein paar tausend Stück überschritten worden sein wird. Im dritten Vierteljahr 1934 hatte die Gesamtauflage noch bei fast genau 703.000 gelegen, das bedeutete ein leichtes Wachstum um knapp vier Prozent, trotz aller Titelreduzierungen.

Vergleicht man die Angaben der Zeitungsverzeichnisse 1935, 1937 und 1939 miteinander, so zeigt sich, dass auf die Turbulenzen im Gefolge der Amann-

⁷⁹ Vgl. dazu die ausführliche Darstellung bei HALE (wie Anm. 6) S. 207–210, der sich wiederum auf Akten von Wiedergutmachungsprozessen stützt.

⁸⁰ Berechnet auf der Basis der Angaben in BIESENBERGER (wie Anm. 44) S. 39–42.

Verordnungen eine gewisse Ruhephase eingetreten war. Bei den Zeitungstiteln gab es so gut wie keine Veränderungen. Die „Eßlinger Zeitung“ stellte ihre Nebenausgabe „Kreisrundschau“ ein und in Göppingen wurden „Der Hohenstaufen“ und die „Göppinger Zeitung“ zusammengelegt. Betrachtet man die Auflagenangaben der Zeitungskataloge von 1935 und 1939 im Detail, stellt man fest, dass fast alle Zeitungen, die von den Amann-Anordnungen nicht betroffen waren und weiter bestanden, mehr oder minder deutliche Zuwächse zu verzeichnen hatten. Bei kleinen Zeitungen fielen sie naheliegenderweise bescheidener aus, bei größeren beachtlicher. Die „Schwarzwälder Tageszeitung“ in Altensteig steigerte sich von 2.100 Exemplaren auf 2.228 (+ 6 Prozent), die „Tauber-Zeitung“ in Bad Mergentheim dagegen von 3.435 auf 4.169 (+ 18 Prozent) und der „Schwarzwälder Bote“ in Oberndorf gar von 22.335 auf 28.777 (+ 23 Prozent). Den absolut wie relativ größten Zuwachs verkündete schließlich der „Stuttgarter NS-Kurier“ – von 41.216 auf „über 60.000“ (+ 32 Prozent). Diese Gewinne gingen ganz offensichtlich vor allem zu Lasten der Stuttgarter Konkurrenz. Hier saßen die wenigen Zeitungen, die ziemlich deutliche Auflagenverluste hinzunehmen hatten: Die „Württembergische Zeitung“ sank noch relativ moderat von 37.490 Exemplaren auf „über 34.000“ (– 10 Prozent), die „Schwäbische Tageszeitung“ dagegen von 18.953 auf „über 13.000“ und der „Schwäbische Merkur“ von 14.469 auf „über 10.000“ (jeweils – 45 Prozent). Nur das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ konnte sich einigermaßen stabil halten und hatte sogar einen leichten Zuwachs zu verzeichnen (von 46.399 auf 48.000).

Die durchschnittliche Auflage der Zeitungen betrug zwar mittlerweile über 6.000 Stück, noch immer waren die Unterschiede jedoch gewaltig: Nur 30 Blätter überschritten diese Zahl mehr oder minder deutlich, während auf der anderen Seite 25 noch nicht einmal die 1.000-Marke erreichten. Der dreimal wöchentlich in Gönningen (heute Stadtteil Reutlingens) erscheinende „Wiesaz-Bote“ beispielsweise meldete nur eine Auflage von 241 Stück. Und selbst der sechsmal wöchentlich erscheinende „Illertal-Bote“ im 1.400 Einwohner zählenden Dietenheim kam bloß auf 900 Stück. Das war zwar einerseits angesichts der Gemeindegröße beachtlich, andererseits ökonomisch aber kaum rentabel.

Irgendwie scheint es aber trotzdem funktioniert zu haben, wie das Beispiel des bereits erwähnten kleinen „Gemeindeboten“-Imperiums von Ludwig Gsell zeigt. Der 1903 Geborene hatte schon als 30-Jähriger ein bewegtes Leben hinter sich: In Westafrika geboren, hatte er in Deutschland die Schule besucht, 1922 die landwirtschaftliche Lehrlingsprüfung abgelegt und war dann in die USA ausgewandert, wo er nach eigener Aussage Farmer in Texas wurde. 1933 nach Deutschland zurückgekehrt, gründete er *einen Verlag mit dem Zweck in den grösseren Ortschaften der Kreise Reutlingen und Tübingen den Ausscheller durch ein Amtsblatt zu ersetzen*. Zwar soll es von Anfang an Probleme mit der Politischen Polizei gegeben haben, trotzdem gelang der Auf- und Ausbau des Unternehmens. Bis zum Oktober 1938 wuchs die Gesamtauflage seiner „Gemeindeboten“ auf 4.469 Exem-

plare. Im Laufe des Jahres 1939 nahmen jedoch die Schwierigkeiten zu. Ende 1939 wurden Gsells Blätter verboten⁸¹.

Die Schließungswellen während des Zweiten Weltkriegs

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellte die Zeitungen auch in Württemberg und Hohenzollern vor eine ganz neue Situation: Personalreduzierungen aufgrund von Einberufungen standen genauso auf der Tagesordnung wie der Zwang zu Materialeinsparungen, weil alles immer knapper wurde – vor allem der wichtigste Rohstoff für die Zeitungsherstellung, das Papier. Unter diesen Umständen war es selbst dem „Stuttgarter NS-Kurier“ nicht mehr möglich, seine zwölf Ausgaben pro Woche beizubehalten; er musste sich auf sieben beschränken. Gleichzeitig gab es ganz unterschiedliche Handlungsspielräume: Für die nichtnationalsozialistischen Blätter war alles viel schwieriger zu bewältigen als für die nationalsozialistischen. Die Umstände wurden von letzteren genutzt, um möglichst viel Konkurrenz loszuwerden. Im Endeffekt wurde die Zahl der württembergischen Zeitungen zwischen 1937 und Frühjahr 1943 mehr als halbiert – sie sank von 119 auf 56. Im Badischen blieben gleichzeitig noch 37 von 77⁸².

Auch die Parteiblätter scheinen nach Kriegsbeginn gewisse Einschränkungen erlebt zu haben, allerdings ist die Quellenlage dürftig. Sie mussten eine Reihe Nebenausgaben einstellen, ohne dass die Daten bislang genau zu klären gewesen wären. Dies gilt beim „Heilbronner Tagblatt“ für die „Zaberwacht“ Brackenheim, die „Neue Unterländer Zeitung“ Neckarsulm und die „NS-Rundschau“ Bietigheim-Besigheim; beim „Ulmer Sturm“ für seine beiden Ausgaben der „Nationalen Rundschau“ „Neues Ehinger Tagblatt“ und „Laupheimer Kurier“; sowie für den Tuttlinger „Gränz-Boten“ für sein „Spaichinger Tagblatt“. Auch die „Kornwestheimer Zeitung“ konnte ihre Nebenausgabe „Stammheimer Zeitung“ nicht mehr fortsetzen.

Daneben wurde zunächst mit Zusammenlegungen gearbeitet. Mit dem Tag des Kriegsausbruchs, dem 1. September 1939, erschien in Aalen nur noch die aus „Kocherzeitung“ und „Nationalzeitung“ (einer Nebenausgabe des „Grenzboten“ Heidenheim) gebildete „Kocher- und Nationalzeitung“. Ein paar Tage später, am 1. Oktober, hatte eine neue „Württembergische Zeitung“ in Stuttgart Premiere – das schon 1907 gegründete Blatt war mit der 1933 gegründeten „Württembergischen Landeszeitung“ zusammengelegt worden. Mit dem 1. Januar 1940 entstand die „Reutlinger Zeitung“ aus dem „Reutlinger Generalanzeiger“, dem „Reutlinger

⁸¹ So seine Darstellung vom 25. März 1947 im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens. Aus diesem Zusammenhang auch die biografischen Angaben: StA Sigmaringen Wü 13 T 2 Nr. 1686/023.

⁸² DUSSEL, Die Nazifizierung (wie Anm. 2) S. 450.

Tagblatt“ und dem „Echazboten“ Pfullingen⁸³. Und am 1. Mai 1941 folgte die „Waiblinger Kreiszeitung“, in die der „Remstal-Bote“ Waiblingen, das „Schorndorfer Kreisblatt“, das „Fellbacher Tagblatt“ und der „Bote vom Welzheimer Wald“ eingingen⁸⁴.

Gleichzeitig wurde damit begonnen, vor allem Zeitungen mit kleinen und kleinsten Auflagen einzustellen: Das „Schorndorfer Volksblatt“ (Auflage Ende 1938: 1.985) traf dieses Schicksal im Laufe des Jahres 1940⁸⁵, den „Degerlocher Anzeiger“ (1.040) am 28. Februar 1941, die „Feuerbacher Zeitung“ (4.150) am 31. Mai, genauso die „Allgemeine Rundschau“ in Stuttgart-Zuffenhausen (4.321) und den „Donau-Boten“ in Munderkingen (700). Der „Gäubote“ in Herrenberg (4.000) folgte zum 30. Juli, die „Marbacher Zeitung“ (über 4.000), die bereits 1933 mit dem „Bottwartal-Boten“ vereinigt worden war, zum 30. September⁸⁶. In einigen Fällen lässt sich ein genaues Datum jedoch nicht mehr ermitteln. Das gilt für den bereits erwähnten, 1904 gegründeten „Illertal-Boten“ in Dietenheim genauso wie den „von 1905 bis in die vierziger Jahre erscheinenden“ Gönninger „Wiesazboten“⁸⁷.

Die größte Umorganisation fand jedoch ab 1. April 1942 im Südwürttembergischen statt. Hier hatten die Nationalsozialisten die alten Zentrumsblätter in ihrem Tarnbetrieb Oberschwäbische Verlagsgesellschaft zusammengefasst, allerdings aus taktischen Gründen den alten Oberbegriff „Verbo“ beibehalten, dem dann bis zum 30. April 1940 der selbstständige Untertitel der jeweiligen Zeitung folgte, beispielsweise „Bote vom Salemer Tal“. Mit diesem System war man ziemlich erfolgreich. Ende 1938 konnte man damit werben, mit 65.000 Stück die *weitaus höchste Auflage aller Zeitungen Württembergs* zu drucken. Dieser Wert war umso beeindruckender, weil man als *einzig in Süd-Württemberg und Hohenzollern erscheinende Tageszeitung ein Gebiet mit etwa 320.000 Einwohnern und 60.000 Haushaltungen* versorgte – im Prinzip erreichten die Verbo-Zeitungen damit jeden Haushalt nördlich des Bodensees⁸⁸. Am 1. Mai 1940 gab es zunächst nur eine eher formale Veränderung: Fortan erschienen die Zeitungen nur noch unter dem Haupttitel „Verbo“ mit dem Zusatz des jeweiligen Erscheinungsortes der Ausgabe, beim genannten Beispiel also nur noch Salem. Viel gravierender war dann der Einschnitt ab

⁸³ Zu den komplexen Gegebenheiten in Reutlingen seit 1933: SCHNABEL (wie Anm. 3) S. 364 f., S. 369 f.

⁸⁴ Christian SIEKMANN, 150 Jahre Welzheimer Zeitung, in: ZVW – Mein Wochenblatt vom 28. September 2017, Beilage (www.mein-wochenblatt.de/index.php?&kat=9 [Aufruf am 1. 9. 2018]).

⁸⁵ 175 Jahre Zeitung in Schorndorf: https://ecitydoc.com/download/unter-den-nazis-wurde-aus-dem-schorndorfer-anzei_pdf (Aufruf am 1. 9. 2018).

⁸⁶ Albrecht GÜHRING, Die Geschichte der Marbacher Zeitung, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 66 (2012) S. 191–215.

⁸⁷ Margarete BLANK-MATHIEU, Der „Wiesazbote“ – Gönningens eigene Zeitung, in: Paul Ackermann (Hg.), Die Gönninger: „ein Völklein frisch-belebt“. Geschichte und Gegenwart eines Reutlinger Stadtbezirks, Reutlingen 1992, S. 218–220, Zitat S. 218.

⁸⁸ Zeitungskatalog 1939 (wie Anm. 8) Anzeigenteil, S. 81.

1. April 1942: Nicht nur wurde der Haupttitel in „Donau-Bodensee-Zeitung“ geändert, die zwölf noch vorhandenen Teilausgaben wurden zudem zu sechs Kreisausgaben für Biberach, Friedrichshafen, Ravensburg, Saulgau, Sigmaringen und Wangen zusammengelegt⁸⁹.

Bei den meisten dieser Maßnahmen ging es einerseits darum, weitere private Verleger auszuschalten und Besitzverhältnisse zugunsten des Parteiverlags zu ändern; andererseits dürfen allerdings die Zwänge der zunehmend die Ressourcen des Reiches belastenden Kriegsführung nicht unterschätzt werden. Dies galt erst recht nach der Niederlage in Stalingrad. Mit einer regelrechten Stilllegungswelle sollten die Ressourcen für den totalen Krieg gebündelt werden. In Württemberg wurden mit dem 28. Februar 1943 sechs Zeitungen eingestellt⁹⁰, zum 31. März folgten sieben weitere⁹¹, und mit dem 15. April noch einmal eine, die auflagenstärkste von ihnen allen, das „Stuttgarter Neue Tagblatt“, das 1939 eine Auflage von 56.782 Exemplaren hatte melden können (nachdem es ein Jahr zuvor noch 48.000 waren). Am 1. Mai wurden schließlich die bisherigen Nebenausgaben der „Schwäbische Rundschau“ Gmünd für Donzdorf und Lorch mit der Hauptausgabe zusammengelegt.

Anders als 1933 bei den Verboten der kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen gab es nun jedoch Entschädigungen für die betroffenen Verleger. Sie konnten zwischen drei Varianten wählen: Zum einen konnten sie einer Regelung nur für die Kriegsdauer zustimmen. In diesem Fall pachtete der Gauverlag die Verlagsrechte und zahlte je übernommenen Abonnenten etwa ein Drittel des bisherigen Monatsbezugspreises. Zum anderen wurde ihnen nahegelegt, ihre Verlagsrechte dauerhaft abzugeben – entweder, indem sie sie zu einem Entschädigungssatz von 20 bis 25 Reichsmark je nachgewiesenem Bezieher und je nach der Höhe des Monatsbezugspreises verkauften oder indem sie ihre Verlagsrechte dauerhaft in einen neuen Gemeinschaftsverlag einbrachten, in dem jedoch dem Gauverlag auf jeden Fall die Mehrheit zukommen musste⁹².

Wie sich die betroffenen württembergischen Verleger entschieden, müsste im Detail erforscht werden; hier sind nur Angaben für das gesamte Reich überliefert⁹³. Im Rückblick lässt sich bloß pauschal feststellen, dass all jene, die verkauften, die klügere Entscheidung getroffen hatten – nach wenigen Jahren war bereits die Zeit des „Tausendjährigen Reiches“ vorbei.

⁸⁹ Handbuch 1944 (wie Anm. 8) S. 294.

⁹⁰ „Strohgäubote“ Asperg, „Bietigheimer Zeitung“ (1941 entstanden aus Zusammenlegung von „NS-Rundschau“ und „Enz- und Metterbote“), „Eislinger Zeitung“, „Alb-Neckar-Zeitung“ Metzingen, „NS-Wacht“ Schramberg und „Schwenninger Tagblatt“.

⁹¹ „Kocherbote“ Gaildorf, „Brenzthal-Bote“ Giengen, „Kornwestheimer Zeitung“, „Ulmer Albzeitung“ Langenau, „Neckar-Glocke“ Lauffen, „Der Gesellschafter“ Nagold und die „Lauchert-Zeitung“ aus dem hohenzollerischen Gammertingen.

⁹² SCHMIDT (wie Anm. 45) S. 173.

⁹³ Ebd., S. 174.

Die Situation 1944/1945

Die dritte große Stilllegungswelle in der deutschen Presse, die im Sommer 1944 stattfand⁹⁴, scheint an Württemberg ziemlich spurlos vorbeigegangen zu sein, weil schon zuvor stillgelegt worden war, was einigermaßen entbehrlich schien⁹⁵.

Zum Stichtag 1. Oktober 1944 wurden für den Gau Württemberg noch 41 Tageszeitungen verzeichnet; sämtliche Doppelungen waren beseitigt worden, bloß in der Landeshauptstadt durften noch zwei Zeitungen nebeneinander erscheinen, der „Stuttgarter NS-Kurier“ und die „Württembergische Zeitung“⁹⁶. Im Vergleich zu 1932 mit seinen 179 Blättern war das nur noch ein Rest von 23 Prozent. Das benachbarte Baden schien es noch härter getroffen zu haben; da waren von 166 Zeitungen bloß 16 geblieben. Der Unterschied relativiert sich jedoch deutlich, wenn man auf die Besitzverhältnisse und die Auflagenzahlen schaut. Nach Fritz Schmidt gehörten in Württemberg 28 der 41 Zeitungen zum NS-Pressetrust und nur 13 waren ökonomisch unabhängig geblieben. Noch gravierender war der Unterschied bei den Auflagenzahlen: Die Parteiblätter setzten 751.400 Stück ab, die „Privatzeitungen“ nur 78.500, also gerade einmal 9,4 Prozent der Gesamtauflage⁹⁷.

Letztlich war Schmidt vielleicht sogar noch zu optimistisch, denn von seinen 13 „Privatzeitungen“ bezeichneten sich vier schon 1937 als „nationalsozialistische Tageszeitungen“: die „Schwarzwald-Wacht“ in Calw, der „Fränkische Grenzbote“ (der sich seit 1940 „Hohenloher Zeitung“ nannte) in Crailsheim, die „Schwarzwald-Zeitung“ (seit 1940: „Schwarzwald-Rundschau“) in Freudenstadt und der Vaihinger „Enz-Bote“. Hier bedürfte es genauerer Recherchen, ob diese Bezeichnung auch Ausdruck besonderer Besitzverhältnisse war. Auf jeden Fall wird man festhalten dürfen, dass die auf den ersten Blick für Württemberg im Vergleich zu Baden günstigere Situation durch einen größeren Einfluss der Partei bei den Besitzverhältnissen zustande gekommen war.

Der Blick auf die Besitzverhältnisse darf zudem nicht vergessen lassen, dass die inhaltlichen Spielräume so oder so minimal waren. Die Vorgaben, die aus Berlin eintrafen, waren rigide. Und zudem stand den Verlegern kaum noch Platz zur Verfügung, den sie jenseits des absolut Notwendigen hätten nach eigenen Vorstellungen füllen können: Im August 1944 war aus Papiernot der zulässige Zeitungsumfang auf höchstens vier Seiten beschränkt worden, im März 1945 wurde dieser Wert dann sogar noch einmal halbiert. Als schwacher Trost blieb nur, dass alle Zeitungen nun auch tatsächlich Tageszeitungen mit 6 bis 7-maligem Erscheinen pro Woche geworden waren.

⁹⁴ Ebd., S. 175 f.

⁹⁵ Möglicherweise erfolgte in diesem Zusammenhang die Umstrukturierung des „Böblinger Boten“ und der „NS-Kreiszeitung für den Kreis Böblingen“.

⁹⁶ Handbuch 1944 (wie Anm. 8) „Beigabe“, S. 14 f.

⁹⁷ SCHMIDT (wie Anm. 45) S. 117.

Unter publizistischem Aspekt waren diese Reduktionen ein Desaster. Ökonomisch sah das ganz anders aus. Die allermeisten Blätter mit Klein- und Kleinstauflagen waren verschwunden. Die Durchschnittsauflage lag bei einem Gesamtwert von 829.900 Stück und nur 41 Zeitungen mittlerweile immerhin bei über 20.000. Detaillierte Auflagenangaben fehlen zwar für die Kriegsjahre, aber die Werte vom Herbst 1939 dürften einen ausreichenden Orientierungspunkt liefern. Um 2.000 Exemplare werden 1944 wohl nur noch die „Murrhardter Zeitung“ (1939: 1.470) und das „Trossinger Allgemeine Volksblatt“ (2.000) gedruckt haben. Drei weitere Zeitungen werden unter 3.000 Exemplaren geblieben sein.

Die noch bestehenden Zeitungen werden sich über deutliche Auflagensteigerungen gefreut haben. Ruft man sich in Erinnerung, dass für das letzte Vorkriegsjahr von einer Gesamtauflage von 728.000 Exemplaren ausgegangen werden kann, während für 1944 wie eben erwähnt eine Zahl von 829.900 überliefert ist, ergibt sich daraus eine Zunahme um 14 Prozent. Doch obwohl die Zeitungsumfänge gleichzeitig bis zum Äußersten geschrumpft waren, dachte niemand daran, die Bezugspreise entsprechend anzupassen. Die Vorkriegspreise blieben bestehen, obwohl nur noch ein Bruchteil an Leistung geliefert wurde. Angaben über die Verlagsgewinne fehlen; sie dürften jedoch beträchtlich gewesen sein. Es ist davon auszugehen, dass mehr als 90 Prozent davon über den Eher-Verlag in die Parteikasse flossen.

Das Ende der württembergischen Zeitungen unter NS-Herrschaft kam 1945 in der zweiten Hälfte des Monats April, ein paar Tage vor der endgültigen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Nachdem US-amerikanische und französische Truppen Ende März den Rhein überschritten hatten, eroberten sie von Nordwesten Richtung Südosten die Länder Baden und Württemberg. Als letzte Ausgaben württembergischer Zeitungen unter NS-Kontrolle erschienen sicher die der „Ludwigsburger Zeitung“ und der „Donau-Bodensee Zeitung“ vom 20. April 1945, möglicherweise gab es von letzterer auch noch eine am 21. April.

Zusammenfassung und Ausblick

Nach dem sofortigen Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse war es den Nationalsozialisten schon im Laufe des Jahres 1933 gelungen, die deutschen Zeitungen inhaltlich weitestgehend unter ihre Kontrolle zu bringen. Zum einen wurde über das am 4. Oktober 1933 erlassene „Schriftleitergesetz“ eine strikte Personalkontrolle etabliert, zum anderen wurde das Netz der inhaltlichen Lenkung immer feinmaschiger. Zwar glaubten manche Journalisten, eine gewisse Unabhängigkeit in Form mehr oder minder raffinierten „Zwischen-den-Zeilen-Schreibens“ bewahren zu können, doch letztlich dürften sie sich damit durchweg nur innerhalb eines sorgfältig kontrollierten Rahmens bewegt haben⁹⁸.

⁹⁸ Vgl. FREI/SCHMITZ (wie Anm. 71) S. 121–135.

Den Nationalsozialisten ging es bei der Presse jedoch nicht nur um inhaltliche Fragen; sie sahen auch den Wirtschaftsfaktor und die ökonomische Bedeutung. Die Eigentumsverhältnisse zu verändern war jedoch wesentlich schwieriger, als publizistische Kontrolle zu etablieren. Trotzdem waren sie auch auf diesem Feld äußerst erfolgreich, auch wenn es dazu einiger Jahre bedurfte. Zu Hilfe kam ihnen dabei die eklatante Strukturschwäche der deutschen Presse, die sich in den 1920er und 1930er Jahren so recht offenbarte. Ihre im Nachhinein so beeindruckende Vielgestaltigkeit ruhte auf einem brüchigen Fundament.

Die übergroße Mehrheit der deutschen Zeitungen wurde nur in kleinen und kleinsten Stückzahlen verkauft und von einem Minimum an Personal produziert. Nirgends lässt sich dies statistisch so gut belegen wie für Württemberg, wenn auch leider nur für das Jahr 1909. Es ist ein einmaliger Sonderfall, dass in so breitem Umfang nicht nur Auflagenzahlen der Zeitungen einer Region, sondern auch deren personelle Ausstattung erhoben werden konnten. Der ernüchternde Befund: Von 158 selbständig produzierten, mehr als einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen verfügten nur 30 über mehr als einen Redakteur und davon nur elf über mehr als zwei; sieben davon waren übrigens in Stuttgart ansässig. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass es sich in 128 Fällen um Ein-Mann-Betriebe handelte – das waren mehr als 80 Prozent der Gesamtzahl⁹⁹.

In den folgenden 20, 25 Jahren mag sich dies etwas verbessert haben, aber nicht drastisch. Allerdings lassen sich die konkreten Arbeitsverhältnisse nur schwer rekonstruieren. Einzelbeispiele werfen immerhin ein Schlaglicht. Zu den 1909 aufgelisteten Ein-Mann-Betrieben zählte der „Dürrmenz-Mühlacker Bote“, der damals eine Auflage von 1.650 Stück angab¹⁰⁰. 1932 wurde die Zeitung von Buchdrucker Hans Elser und Redakteur Eugen Kreuzberger produziert; gedruckt wurden 2.675 Stück¹⁰¹. Wirtschaftlich standen die beiden allerdings mit dem Rücken an der Wand und suchten nach einem Käufer. Der Kauf wurde Mitte 1933 vollzogen. Der neue Besitzer hatte keine Chance, der Vereinnahmung durch die NS-Presse Württemberg zu entgehen¹⁰².

Es darf nicht der Entschuldigung des nationalsozialistischen Vorgehens dienen; aber es muss doch festgehalten werden, dass die Nationalsozialisten auf ökonomischer Ebene einen Prozess vorwegnahmen, dem nicht nur die württembergische, sondern auch die deutsche Presse insgesamt nicht dauerhaft hätten ausweichen können: die drastische Verringerung der unabhängig Produzierenden und die Bildung größerer Einheiten. Schon Oron J. Hale wies mit Blick auf die „wirtschaftliche Notlage des Zeitungswesens“ darauf hin, dass „in Anbetracht der sozialen und technischen Entwicklung das Verschwinden der Lokalblättchen ohnehin nur eine

⁹⁹ Zusammengestellt nach GERSTER (wie Anm. 15) S. 265–273.

¹⁰⁰ Ebd., S. 267.

¹⁰¹ Handbuch 1932 (wie Anm. 8) S. 353.

¹⁰² Vgl. oben, S. 305 f.

Frage der Zeit gewesen wäre“¹⁰³. Der unabwendbare Konzentrationsprozess, auf den man im Südwürttembergischen durch die Bildung des „Verbo“ ja schon 1922 konstruktiv reagiert hatte, wurde nun jedoch politisch instrumentalisiert. Der Kahlschlag während des NS-Staats sorgte für ein Ende des traditionellen Zeitungswesens – in Württemberg, Baden und im Reich. Allerdings wird man zu differenzieren haben: Bis Kriegsausbruch dürften politische Überlegungen beim Vorgehen gegen die nichtnationalsozialistische Konkurrenz im Vordergrund gestanden haben; erst die immer verzweifelteren Rationalisierungsmaßnahmen während des Krieges führten dann zu „gewissen ‚Modernisierungseffekten‘“¹⁰⁴.

Für die württembergischen Zeitungen bedeutete der Zusammenbruch des Deutschen Reiches das Ende in der bis 1944 erreichten Form. Wie sollte es danach weitergehen? Ein Zurückkehren zu den Verhältnissen der Weimarer Republik war nicht ohne Weiteres möglich. Unter amerikanischer und französischer Besatzungsherrschaft wurden nur wenige Lizenzen zur Zeitungsproduktion vergeben, von den Amerikanern für den württembergischen Teil Württemberg-Badens neun und von den Franzosen für Württemberg-Hohenzollern drei¹⁰⁵. Nach dem Ende der Lizenzpflicht im Sommer 1949 kam es zwar zu einer Gründungswelle weiterer Titel, weil etliche Altverleger, die bei den Lizenzvergaben nicht berücksichtigt worden waren, auf den Markt zurückdrängten, aber dauerhaft behaupten konnten sich nur wenige. Ein jahrzehntelanger ökonomisch-publizistischer Konzentrationsprozess führte dazu, dass nach der letzten großen, alle Ausgaben sorgfältig miteinander vergleichenden Stichtagssammlung 2012 in Württemberg (und Hohenzollern) zwar noch 135 verschiedene Ausgaben gezählt wurden, die allgemeinen Teile aber nur noch von neun großen „publizistischen Einheiten“ stammten – die ihrerseits wieder fast alle mehr oder minder direkt auf die frühen Lizenzzeitungen zurückgeführt werden können; die einzige Ausnahme bildet der „Reutlinger Generalanzeiger“¹⁰⁶. Als kleinste in diesem Kreis kann sich bislang noch die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ behaupten – mit einer durchschnittlichen Auflage von 33.604 Exemplaren im ersten Quartal 2018¹⁰⁷. Vor 1945 hätte sie damit zu den größten im Land gezählt.

¹⁰³ HALE (wie Anm. 6) S. 148 f.

¹⁰⁴ SCHNABEL (wie Anm. 3) Gleichschaltung, S. 378.

¹⁰⁵ UWE MÖNNIGHOFF, Neuanfang und Restauration. Lizenzpresse und Altverlegerzeitungen in Baden und Württemberg, in: Hans-Peter BIEGE (Hg.), Massenmedien in Baden-Württemberg, Stuttgart u. a. 1990, S. 87–114; DERS., Neuanfang und Wiederkehr. Die Tagespresse in Baden-Württemberg nach 1945, in: Von der Pressefreiheit (wie Anm. 3) S. 173–200.

¹⁰⁶ Walter J. SCHÜTZ, Redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse. Übersicht über den Stand 2012, in: Media Perspektiven 2012, S. 594–603 (zu Baden-Württemberg S. 595 f.).

¹⁰⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwigsburger_Kreiszeitung (Aufruf am 1. 9. 2018).